

Volksmacht

Insertionsgehalt die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Injunkte der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 8.

Danzig, den 28. Januar 1914.

5. Jahrgang.

Der „Arbeiterfreund“ Ziese.

Die Konservativen haben im Parlament den Antrag wieder eingebracht, der gegen den „Terrorismus“ der organisierten Arbeiterchaft Maßnahmen fordert. Unter diesen Umständen ist es sehr erfreulich, daß es dem Vorwärts gelungen ist, sich die Schriftstücke zu verschaffen, die von der Schichtarbeit dem Theoretiker der Scharfmacher, Herrn Professor Bernhard, zugegangen sind. Dieser „Gelehrte“ hat bekanntlich die Aufgabe, die Berechtigung der Forderungen der Scharfmacher „wissenschaftlich“ zu begründen. Unter den Materialien befindet sich das „Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes der Metallindustriellen Ost- und Westpreußen“, die am 7. Februar 1912 im Bureaugebäude der Firma J. Schichau, Elbing, stattfand. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1911. Darüber sagt das Protokoll:

An Sirellangelegenheiten sind von Seiten der Verbandsmitglieder im Laufe des verfloffenen Jahres folgende zur Anzeige gelangt, die nach Prüfung der näheren Umstände mit Hilfe unserer schwarzen Liste erledigt wurden.

1. Am 1. April 1911 wurden auf Antrag der Firma J. Schichau, Schiffswerft zu Danzig, 790 bei ihr beschäftigte Schmelzer, Schiffbauer, Nieter, Stemmer und Zimmerleute und am 24. April 1911 sämtliche Leute der genannten Firma wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre bis auf 360 Mann am 8. September 1911 aufgehoben. Am 26. September wurde die Sperre über weitere 32 Mann und am 23. Oktober 1911 über den Rest aufgehoben.

2. Am 12. April 1911 wurde auf Antrag der Firma Tilk, Thorn, ein Schlosser wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

3. Am 19. April 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserinnung zu Königsberg i. Pr. 51 Schlosser- und Schmiedegesellen wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre am 5. Juli 1911 aufgehoben.

4. Am 26. April 1911 wurden auf Antrag der Firma Georg Lucas, Königsberg i. Pr., 11 Former wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 15. Mai 1911 aufgehoben.

5. Am 3. Mai 1911 wurde auf Antrag der Firma J. Zimmermann, Danzig, ein Dreher, welcher am 1. Mai nicht gearbeitet hatte, für den Bereich unseres Bezirksverbandes 14 Tage gesperrt.

6. Am 9. Mai 1911 wurden auf Antrag der Kombinierten Schlosserinnung zu Königsberg i. Pr. weitere 2 Arbeiter, welche sich den bei der genannten Innung bereits streikenden Leuten angeschlossen hatten, ebenfalls für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde ebenfalls am 5. Juli 1911 aufgehoben.

7. Am 16. September 1911 wurden auf Antrag der Firma Waggonfabrik L. Steinfurt G. m. b. H., Königsberg i. Pr., 37 Stellmacher wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre am 10. Oktober 1911 aufgehoben.

8. Am 25. September 1911 wurden auf Antrag der Firma J. Schichau, Schiffswerft zu Danzig, 5 Kupferschmiede, welche die Arbeit wegen Nichtbewilligung unberechtigter Lohnforderungen niedergelegt hatten, für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 23. Oktober 1911 aufgehoben.

9. Am 25. September 1911 wurden auf Antrag der Firma Eigengießerei für Handelszwecke Eduard Tiefen, Elbing, 1 Former und 1 Arbeiter wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

10. Am 29. September 1911 wurden weitere 2 Stellmacher der Firma Waggonfabrik L. Steinfurt, Königsberg i. Pr., welche sich den bei der genannten Firma bereits streikenden Leuten angeschlossen hatten, für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt und diese Sperre am 10. Oktober 1911 aufgehoben.

11. Am 3. Oktober 1911 wurde auf Antrag der Firma Erm-ländische Maschinenfabrik Marienhütte, G. m. b. H., GutsMuth, ein Schlosser wegen verbotener Erzwingung unberechtigter Forderungen unter Bedrohung der Geschäftsinhaber und Zerstörung von Fenstern und Kontorgegenständen durch Steinwürfe, für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt.

12. Am 27. November 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., 3 Former wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich unseres Bezirksverbandes gesperrt. Diese Sperre wurde am 13. Dezember 1911 aufgehoben.

13. Am 30. November 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., 59 Arbeiter ihrer Eigengießerei wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt und diese Sperre am 13. Dezember 1911 aufgehoben.

14. Am 4. Dezember 1911 wurden auf Antrag der Firma Union-Gießerei, Königsberg i. Pr., sämtliche bei ihr beschäftigten Leute für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt, da die streikenden Leute ihrer Eigengießerei die Arbeit nicht aufgenommen hatten und sich die Firma hierdurch veranlaßt sah, ihren Betrieb zu schließen. Diese Sperre wurde ebenfalls am 13. Dezember aufgehoben.

15. Die Rundschreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller betreffend verhängte Sperren, Streikangelegenheiten und industrielle Verhältnisse von allgemeinem Interesse sind den Verbandsmitgliedern regelmäßig zugegangen, ebenso die Rundschreiben der Hauptstelle Oesterreichischer Arbeitgeberorganisationen in Wien.

Auch im Jahre 1911 hat sich der Verband als ein segensreiches Institut und eine wirkungsvolle Maßnahme gegen vom Zaun gebrochene Arbeiterfreisetzungen erwiesen.

Erinnert wird noch an das Rundschreiben des Gesamtverbandes vom 1. August 1907, laut dessen einzelne kontraktbrüchige, agitatorisch tätige, auffällige Arbeiter nur in den Bezirksverbänden, jedoch nicht für den Gesamtverband gesperrt werden sollen.

Das also ist die „Arbeit“ jener Terroristen, die sich im Verband der Metallindustriellen zusammengesunder haben. „Schwarze Listen“ bilden die Waffen, mit denen diese Kapitalisten schaffensfeindige Proletariat an der Arbeit hindern, wenn sie sich nicht der Willkür der Unternehmer und ihrer Werkmeister fügen. Mit diesen „Schwarzen Listen“ können sie Arbeiter dauernd brotlos machen. Und dieses Mittel wenden sie gegen ganze Scharen von Arbeitern erbarmungslos an. Es wäre angebracht, gegen solchen Terrorismus ein Justizhausgesetz zu geben und die, welche schwarze Listen anfertigen oder verwenden, mit Justizhaus zu bestrafen. Die Arbeiter haben das Koalitions- und Streikrecht. Aber wenn sie davon Gebrauch machen, werden sie Monate lang brotlos gemacht, falls nicht ein glücklicher Zufall ihnen bei einem dem Bereich des Unternehmerverbandes entrichteten Prinzipal Arbeitsgelegenheit verschafft. 45 Personen, die nichts als der Zufall eines enormen Besitzes vor anderen Menschen auszeichnet, die nicht klüger, nicht edler wie andere sind, aber ein Riesenerbmögen einst erben, sind Herren darüber, ob Hunderte von fleißigen Menschen arbeiten und essen oder müßiggehen und hungern sollen. Und diese selben 45 sind Führer solcher Leute, die farmend erweiterten „Schutz der Arbeitswilligen“ fordern! Das faule Protokoll soll dem Professor Bernhard als Material dienen, damit er „beweise“, wie „notwendig“ es ist, die Rechte der Gewerkschaften zu beschränken! Natürlich ein Sachwalter kapitalistischer Interessen wird mit Worten trefflich streiten und zeigen, daß nicht die Sicherung des Koalitionsrechts gegen den Terrorismus der Unternehmerverbände, sondern der Schutz der „Arbeitswilligen“ gegen den Terrorismus der freien Gewerkschaften nötig ist.

(Fortsetzung folgt.)

Das Zeitalter der Skandale.

Von Franz Mehring.

Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Skandale. Einer jagt den anderen, und kaum hat einer aufgehört, mit seinen trüben Fluten die Spalten der Zeitungen zu überschwemmen, als schon ein neuer Skandal noch trübere Fluten heraufzählt.

An sich sind solche gesellschaftlichen Skandale gewiß keine neue Erscheinung der Geschichte, aber in doppelter Beziehung unterscheiden sich die heutigen Skandale von ihren Vorläuferinnen, sie haben an Menge ebenso zugenommen, wie sie an Wirkung abgenommen haben. Man erinnere sich an den Halsbandprozeß der Königin Marie Antoinette, der in den bürgerlichen Geschichtsbüchern über die große französische Revolution als ein Hauptbeispiel dieser gewaltigen Umwälzung gekennzeichnet zu werden pflegt oder man denke an die Ermordung der Herzogin Choiseul-Praslin durch ihren Vatten, die den Sturz des Bürgerkönigtums in Paris und die Revolution des Jahres 1848 einleitete.

Man braucht nun wirklich nur einige Jahre oder Jahrzehnte in der deutschen Geschichte zurückzublicken, und man wird sie bis zum Bersier mit Skandalen gefüllt finden, die in ihrer Gesamtheit das Tugend- oder Hundertsache von dem bedeuten, was ehemals nach der überlieferten Geschichtsschreibung genügt haben würde, nicht nur eine Monarchie in die Luft zu sprengen, sondern sogar eine gesellschaftliche Umwälzung herbeizuführen. Nun kam und wird aber niemand behaupten, daß diese Massenproduktion an Skandalen je auch nur einem armen, Ministerium ein Haar gekrümmt, geschweige denn die kapitalistische Gesellschaft irgendwie erschüttert hat.

Die Schattenseite der kapitalistischen Gesellschaft suchen diese widerspruchsvolle Erscheinung dadurch zu erklären, daß sie sagen, in früheren Zeitaltern seien ebenso viele oder noch mehr Skandale vorgekommen; der Unterschied bestünde nur darin, daß heute, bei der unendlich erweiterten Öffentlichkeit, jeder Skandal sofort an die große Glocke gehängt würde und auf das unendlich verfeinerte Rechtsgefühl der Massen einen viel tieferen Eindruck mache. Wie es nun aber immer sonst um diesen Einwand stehen mag, so verfehlt er jedenfalls gerade den Punkt, auf den es ankommt. Wenn der Halsbandprozeß, trotz des damals klumpigen Rechtsgefühls der Massen, gleichwohl eine starke revolutionäre Wirkung hatte, so ist es ja umso begreiflicher, daß die ungeheure Anzahl von Skandalen, die seit einem Menschenalter in Deutschland zu verzeichnen gewesen ist, auf das ungleich feinere Rechtsgefühl der Nation durchaus nicht aufreizend gewirkt hat.

Die tatsächliche Lösung des Rätsels liegt ganz wo anders. Die gesellschaftlichen Skandale entspringen aus dem Privateigentum, von dem sie unzertrennlich sind und unzertrennlich bleiben werden. Solange diese Erkenntnis noch nicht durchgedrungen war, solange man hoffte, durch Reformen auf dem Boden des Privateigentums einen Zustand allgemeiner Glückseligkeit herzustellen, solange man die Skandale nicht als Produkte des Privateigentums an sich, sondern nur einer besonderen Form des Privateigentums betrachtete, so lange übten sie auf die beherrschten Klassen einen aufreißenden und auf die herrschenden Klassen einen entnervenden Einfluß aus.

Jedoch, je mehr sich herausstellte, daß die gesellschaftlichen Skandale nichts anderes sind, als Konflikte, die sich auf dem Boden des Privateigentums erzeugen und unerschöpflich neu erzeugen müssen, gleichviel welches seine Form sei, je mehr hörte ihre revolutionäre Wirkung auf. Die beherrschten Klassen begannen zu begreifen, daß man die Wirkung nicht besitzigen könne, ehe man die Ursache nicht zerstört habe, und die herrschenden Klassen begannen einzusehen, daß Skandale in den Kauf genommen werden müssen, wenn man nicht auf das Privateigentum verzichten wolle, woran sie natürlich nicht denken.

Gewiß, könnten sie die Skandale abschaffen, ohne sich selbst abzuschaffen, so täten sie es mehr als gerne, gerade so wie sie die Soldatenmishandlungen abschaffen würden, wenn sie es nur könnten, ohne das Heer aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft zu einem wirklichen und nicht bloß eingebildeten „Volk in Waffen“ zu machen. Aber da es nun einmal ohne Skandale nicht geht, so muß es mit Skandalen gehen, und selbst die Organe der bürgerlichen Presse, die sich als erhabene Tugendrichter über die wachsenden Skandale der kapitalistischen Gesellschaft aufspielen und sogar den letzten Schleier von ihnen reißen, um sich interessant zu machen, schlagen in eine viel edlere sittliche Entrüstung über die Skandalwelt der Sozialdemokratie um, sobald sie vor die entscheidende Frage gestellt werden.

So wie der Vorwurf der Skandalwelt gemeint ist, trifft er natürlich die Agitation der Partei nicht. Es ist die Pflicht wie das Recht namentlich der Arbeiterpresse, die kapitalistischen Skandale zu registrieren, als Wirkungen des Privateigentums und als Grabmesser seiner immer zunehmenden Zerrüttung. Wenn die gesellschaftlichen Skandale sich heute in ganz anderem Maße häufen, wie vor 1789 und 1848, so aus dem Grunde, weil damals nur eine bestimmte Form des Privateigentums zerfiel, heute aber das Privateigentum in der entwickeltsten und höchsten Gestalt zerfällt, die es überhaupt erreichen kann. Diese Zusammenhänge aufzuklären und eingehend aufzuzeigen, wie die besitzenden Klassen, die sich ein Herrschaftsrecht über die arbeitenden Klassen anmaßen, innerlich verfaulen, das ist eine unerlässliche Aufgabe der Arbeiterpresse, in deren Erfüllung sie sich keinen Augenblick durch zimperliches Berede oder durch die heuchlerischen Vorwände der Sünder beirren lassen darf, die von ihren Sünden nicht gesprochen haben wollen.

Aber eben auf die tieferen Zusammenhänge kommt es an, die wir nie aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir die kapitalistischen Skandale registrieren. Wir dürfen niemals unbesehen in die „allgemeine Entrüstung“ einsinken, die sie unter den Spielbürgern erregen, da nichts, aber auch gar nichts dahinter steckt, als am letzten Ende eine Maschinerie derer, die sich dadurch täuschen lassen. Wir dürfen nie vergessen, daß die kapitalistische Gesellschaft an ihren Skandalen nicht sterben wird, daß sie sich längst mit diesen unvermeidlichen Begleiterscheinungen ihrer Herrlichkeit abgefunden hat und daß selbst, wenn sie daran sterben könnte und würde, der Arbeiterklasse durchaus nicht damit gedient wäre, zu warten, bis sie einmal eine durch und durch verfaulte Erbschaft antreten könnte.

So sind wir um eine Welt entfernt von dem geschäftsmäßigen Betriebe der bürgerlichen Presse, die mit einer Hand die kapitalistischen Skandale aufbaut und sie mit der anderen Hand vertuscht. Wir beschäftigen uns mit ihnen in dem reinen Sinn eines prinzipiellen Kampfes, der auch aus den widerlichsten Symptomen des Verfalls immer noch die heilsame Lehre zu schöpfen weiß, daß eine gestützte Welt nicht anders hergestellt werden kann, als indem der kapitalistischen Gesellschaft die Art an die Wurzel gelegt wird.

Politische Übersicht.

Ein gestrauchelter politischer Polizist.

Das Schwurgericht zu Essen a. d. R. hat den früheren Hilfschutzmann von der politischen Polizei in Essen, Josef Gerlißki, wegen Urkundenfälschung zu einem Jahre Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gerlißki, ein Mann von 30 Jahren, der schon beim Militär als Sergeant wegen Unterschlagung in erster Instanz zu 2 Monaten 14 Tagen Gefängnis und Degradation, in zweiter Instanz zu 4 Wochen Mittelarrest verurteilt und dennoch bei der königlichen Polizeidirektion eingestellt wurde, war eine vielversprechende Kraft. Seit er in der politischen Abteilung Verwendung fand, hat er sich 7-mal in der Beobachtung politischer Versammlungen hervorgetan. Seine Aussagen spielten zum Beispiel eine Rolle in dem Prozeß gegen die Essener Arbeiter-Zeitung, den Allgemeinen Beobachter und den Rechtsanwalt Dr. Leon. Außerdem hatte Gerlißki sich als „erfolgreicher“ Beobachter der Essener Arbeiterjugend und der Arbeiter-Turnerschaft bewährt. In letzterer hatte er sich als Turngenosse Gerlißki Eingang verschafft. Seine Vorgesetzten, darunter der aus dem Essener Polizeiskandalprozeß bekannte Polizeikommissar Hanisch, der mit Hilfe des Polizeispikels Wilhelm Meyer dem Zechenverband für 1000 Mark die Mitgliederliste des Steigerverbandes verschafft hat, stellten dem Gerlißki das beste Zeugnis aus. Allerdings konnte Hanisch auch nicht umhin, zu erwähnen, daß Gerlißki außerhalb des Dienstes sich „leibliche Genüsse“ geleistet, die er als Unterbeamter nicht hätte bestreiten können.

Die Folge ist denn eine ewige Geldverlegenheit gewesen, aus der Gerlißki sich durch die zur Anklage stehende Urkundenfälschung „mit dem Mute der Verzweiflung“, wie der Staatsanwalt sich ausdrückte, vorübergehend zu retten verfuhr hat. Der Angeklagte hat am 1. oder 2. Juli vorigen Jahres die Liste, auf der die Beamten ihre Vergütung für Wirtschaftsbefuch, Agentenlöhne usw. liquidierten, gefälscht, indem er, nachdem die Liste bereits den Kontrollvermerk des vorgelegten Kommissars erhalten, für sich noch einen Betrag für „Agentenlöhne“ einsetzte. Er gab an, mit seinem Gehalt (inklusive Wohnungszuschuß usw. insgesamt 1600 Mark) und mit der monatlichen Pauschalvergütung für Wirtschaftsbefuch (10 Mark) nicht haben auskommen zu können. Besonders in der Landtagswahlkampagne habe er erheblich mehr Auslagen gehabt. Da sein vorgelegter Kommissar aber für höhere Entschädigungen nicht zu haben gewesen sei, hätte er auf diese Art den Kommissar umgehen wollen in der Hoffnung, daß der Major bei der Nachprüfung ihm günstiger gesonnen sein werde. Diese Angaben widersprechen, wie der Vorsitzende feststellte, dem früheren Geständnis des Angeklagten. Es stand auch fest, daß auch der Major des Gerlißki Ausgaben für Agentenlöhne untersagt hatte. Die Beweisaufnahme ergab zudem mit fast zwingender Logik, daß die Fälschung verübt worden, als die Liste alle Instanzen passiert und zur Kasse gelangen sollte.

Diese Dinge sind um deswillen interessant, weil im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme der Kommissar auf die Frage des Verteidigers, ob er meine, daß der Angeklagte sich der Strafbarkeit

...bildung durch den Sport nach englischer Muster! Das alle...
...Turnen konnte keineswegs genügen; erstens hätte es
...„Champions“ oder „Weltmeister“, und zweitens hätte ihm
...noch immer etwas vom „Lüdergeruch der Revolution“ an. Über
...der Sport, der englische Sport — ja, das ist etwas ganz
...anderes! Warum gibt es im Musterland des Sports keine ins Ge-
...richt fallende sozialdemokratische Partei? Weil die Arbeiter gar
...keine Zeit haben, sich mit Zukunftsproblemen und politisch-sozialen
...Fragen abzugeben, da ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch ge-
...nommen wird von den nächstens kommenden wichtigen Entscheidun-
...gen in diesem oder jenem „Match“. Warum findet die sozialistische
...Presse kaum Eingang in die Masse der Arbeiter? Weil diese
...sich die bürgerlichen Blätter kaufen, um möglichst schnell unterrichtet
...zu werden über den Ausgang eines Crickettampfes oder eines Boot-
...rennens oder einer Bogerei zwischen zwei nationalen oder interna-
...tionalen Muskelklumpen. Also Sport, Sport, Sport!

Natürlich hat nicht Wilhelm der Zweite diese Erwägungen an-
...gestellt; dazu ist er zu impulsiv. Ihm gefiel einfach der Sport mit
...seinen lebhaften und rasch wechselnden Bildern. Aber andere, die
...die Selbstrichtung des Monarchen immer sehr vorteilhaft für ihre
...Zwecke auszunutzen wissen, stellten sie schnell genug an und so
...schaffen denn die unzähligen Sportklubs auf wie Pilze nach dem
...Regen.

Aber nun zeigte sich bei der Weltfeier der Nichts-
...ner, bei den sogenannten „olympischen Spielen“, daß die deut-
...schen Champions doch eigentlich nur stümperhafte Sport-Parvenüs
...sind. Sie schnitten nämlich ab!

Im Jahre 1916 sollen diese „olympischen Spiele“ in Berlin
...stattfinden, und da wollen die Sportsege „Deutschlands Ehre“
...setzen. Doch Vorbereitungen und Einrichtungen kosten Geld, sehr
...viel Geld. Wer soll es aufbringen? Natürlich das Reich! Denn
...es handelt sich ja um „Deutschlands Ehre“!

Nun hat aber die Budgetkommission des Reichs-
...tages die Bewilligung der ersten Rate abgelehnt. Abge-
...lehnt, wo doch S. M. sich so sehr für den Sport interessiert und
...die „Erkündigung“ der Nation (bei Erschlaffung der Gehirne) ein so
...prekürliches Ziel ist.

Dagegen muß ein „Volksprotest“ inszeniert werden.
...und er wird inszeniert — von Kommerzienräten und andern berufen-
...en Beratern der „breiten Masse“. Wolffs Bureau meldet aus
...Berlin:

„Nach Bekanntwerden des abnehmenden Beschlusses der Bud-
...getkommission des Reichstages, betreffs des Reichszuschusses für
...die olympischen Spiele 1916, gingen dem Präsidenten des Deut-
...schen Reichsausschusses und dem Generalsekretariat aus allen Teil-
...en Deutschlands Zuschriften zu, die die Hoffnung ausdrückten,
...daß der Deutsche Reichstag den Beschluß der Budgetkommission
...nicht zu seinem eigenen machen werde. Ein bekannter Berliner
...Kommerzienrat sandte Erzellenz Bobbelski 200 Mark mit dem
...Bemerken, daß die in weitesten Kreisen verständliche Ableh-
...nung des Reichszuschusses für die Olympiade wohl viele säumige
...Bürger auf den Plan rufen wird, damit die überaus wichtige
...Olympiade nicht scheitert. Einzahlungen sind zu leisten auf das
...Postkontokonto des deutschen Reichsausschusses an der Kasse des
...Nationalbank, Schadowstraße. — Eine eingelaufene Postanweisung
...über 1000 Mark ist von den Worten begleitet: „Antwort einer
...deutschen Frau auf den bedauerlichen Beschluß der Budgetkom-
...mission des Reichstages.“ — Der Senat von Bremen ge-
...währte eine Beihilfe von 3000 Mark, der Senat von Lü-
...beck beschloß, zur Förderung der Bestrebungen des Reichsaus-
...schusses auf fünf Jahre eine jährliche Beihilfe von 200 Mark zu
...bewilligen.“

Also ist der Rummel schon nett im Gange! Wenn Kommer-
...zienräte und „deutsche Frauen“ tief in die eigene Tasche greifen, ist
...gegen auch nichts einzuwenden. Nur möchten wir wissen, ob die
...er geachteten Senate von Bremen und Lübeck die Sportspende aus
...ihren eigenen privaten Taschen, oder ob der gemeine Säckel er-
...schert wird.

Vom Reichstag aber erwarten wir, daß er sich hart-
...näckig gegen die Rufe derer, die einen ganz besonderen
...menschlichen Genießen möchten, und daß er vom Geld des Volkes
...nichts bewilligt für die Liebhabereien der Muskelmenschen, die
...Anwendung ihrer Körperkräfte für ehrliche Arbeit als entwürdi-
...gen erachten. Mögen die Sportpatronen für ihre Lustbarkeit selbst
...kosten tragen.

Behels Erbe.

Die Bayerische Staatszeitung gibt in ihrer Num-
...er 15 vom 20. Januar die Zuschrift wieder, die Genosse Hermann
...Killer dem „Berliner Tageblatt“ in Sachen der Hinterlassenschaft
...Behels auf die bekannte Schwindelnotiz gesandt hatte. Im Anschluß
...an schreibt die Bayerische Staatszeitung:

„Wir halten die betreffende Meldung Berliner Blättern
...entnommen, denen es vom Nachrichtenbureau Telegraphenunion
...zugegangen war. Man sollte endlich einmal nach so blühenden
...Erklärungen aufhören, diese Erbschaftsfrage neu aufzurollen.“

Wir bezweifeln, daß die der Staatszeitung nahestehende Zen-
...senspresse sich aus dieser Zurückweisung viel machen wird.

Förderung des Baues der Kleinwohnungen durch das Reich.
...Die politische Korrespondenz meldet, dem Reichstage werde dem-
...nächst eine Vorlage zugehen, durch die die Reichsregierung er-
...laubt wird, zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für
...Beamte und gering besoldete Beamte Bürgschaften zu übernehmen.
...Diese Maßnahme sei gedacht als eine Ergänzung der bisherigen
...Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Beamte und
...Beamte durch Gewährung von Darlehen an gemeinnützige Bau-
...vereine und Private, sowie dem Erwerbe geeigneten Baugeländes,
...Herstellung solcher Wohnungen. Gegenwärtig werden für die-
...se Zweck alljährlich vier Millionen bereitgestellt, im ganzen sind
...über 49 Millionen Mark dafür aufgewendet worden. Da es nun
...an der angängig erscheine, für diese Darlehen, die bisher alljährlich
...erhöhte Summe zu erhöhen, soll in Zukunft das Reich auch noch
...Bürgschaften übernehmen, die sich auf zweite Hypotheken erstrecken,
...dadurch mündelsicher werden.

Neue Reichstagsersatzwahlen. Der Reichsverbandsgeneral
...L i e b e r t hat sein Mandat zum Reichstage niedergelegt, um
...absolut sicheren Hinauswurf zuvor zu kommen. Die Ersatzwahl
...findet in der ersten Hälfte des März stattfinden. Die Reichs-
...versammlung haben die Wahltagitation bereits aufgenommen, und auch
...die Genossen werden nun ungesäumt in die Agitation eintreten.
...Eine weitere Ersatzwahl wird jedenfalls in Schwere erfolgen.
...Die Wahlprüfungskommission hat das Mandat des freikonserativen
...Abgeordneten von H a l e m für unglücklich erklärt. Der Wahl-
...schiedel, der in diesem Kreise — Schwere — getrieben wurde,
...in den Annalen des Reichstages ohne Beispiel da. Es ist an-
...zunehmen, daß der Reichstag sich dem Beschlusse der Kommission
...schließen wird.

Ausland.

Massenstreiks am Tage des Petersburger Blasonntags. In
...Petersburg sind am 21. Januar zum Gedenken an den Jah-
...tag der revolutionären Kämpfe im Jahre 1905 fast alle Fabrik-
...arbeiter in den Massenstreik getreten. Mittags 1 Uhr setze-

ten bereits über 100 000 Arbeiter. In einigen Fabriken sangen die
...Arbeiter beim Verlassen der Werkstätten revolutionäre Lieder und
...veranstalteten Demonstrationen. Auf dem Newsprospekt „zer-
...streut“ die Polizei die Menge mit der blanken Waffe. Sechs Per-
...sonen sind verhaftet worden.

Nach amtlichen (1) Angaben beträgt die Zahl der Arbeiter in
...Petersburg, die die Arbeit niedergelegt haben, 110 604. Wegen
...Abflingens revolutionärer Lieder sowie demonstrierender Ausschrei-
...lungen wurden 134 Arbeiter verhaftet.

Auch in allen anderen größeren Städten Russlands: Moskau,
...Warschau, Riga usw. streikten die Arbeiter zum Gedächtnis an das
...Jahr 1905.

Großbritannien.

Der Kampf in Dublin. Seit einiger Zeit lagen einander die
...Gerüchte, daß der seit dem letzten Sommer wütende Dubliner Ar-
...beiterkampf sich seinem Ende nahe, oder gar schon beendet sei.
...Endlich sei der Widerstand der Arbeiter gebrochen und sie hätten
...bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber
...schon am folgenden Tage muß die Presse wieder von „einem neuen
...Ausbruch der Streikwut der Dubliner Arbeiter“ berichten. In
...Wirklichkeit ist weder von einem Zusammenbruch des Widerstandes
...der Arbeiter, noch auch von einem Ende des Kampfes die Rede,
...und kann auch gar nicht die Rede sein, solange die Unternehmer
...auf ihrem gegenwärtigen Standpunkt beharren und sich vor der
...formellen Anerkennung der Gewerkschaften und dem Abschluß eines
...ordentlichen kollektiven Arbeitsvertrages drücken. Solange diese
...gewissermaßen vorkapitalistischen Zustände fortbestehen, ist die
...Wiederaufnahme der Arbeit an einem Tage und in einem Betriebe
...nur die Einleitung zu einem neuen Streik am folgenden Tage oder
...bei anderen Firmen. Entweder Anerkennung der Gewerkschaften,
...Tarifverträge und Einigungsmaßnahme — oder endloser und
...regelloser Guerillakrieg auf Partisanen Manier. So stehen die
...Dinge denn auch tatsächlich heute, und da die Dubliner Arbeiter sich
...auf das Hungern gut verstehen, kann es noch lange so bleiben.

Spanien.

Wie man ein Land auf den Hund bringt. Nach dem jetzt ver-
...öffentlichten Budget für 1913 hat Spanien im vergangenen Jahre
...107 Millionen Mark für Marokko ausgegeben. Im Militäretat
...kam es daraufhin zu einer äußerst stürmischen Debatte. Schließlich
...wurde beschlossen, den Etat für Marokko im kommenden Jahre unter
...allen Umständen bedeutend zu reduzieren.

Britisch-Südafrika.

Das Ende des südafrikanischen Streiks. Das Arbeiterindikat
...in Johannesburg hat, wie über London gemeldet wird, beschlossen,
...den Generalstreik für beendet zu erklären.

Kleine politische Nachrichten.

Bestätigung eines militärischen Schiedensurteils. Das Ober-
...kriegsgericht in Billingen hat nach neunstündiger Beratung das auf
...fünf Jahre Gefängnis lautende Urteil gegen den Musketier Berlich
...bestätigt. Berlich hatte sich bei einer Sonntagskollaterale zwischen
...Zivilisten und einem Unteroffizier gegen letzteren tödlich vergangen.

Gehausucht wurde nach einer Meldung aus Weimar in den
...Redaktionen der dortigen Zeitungen. Man hoffte den Urheber der
...Veröffentlichung des von der Regierung streng geheim gehaltenen
...Entwurfes einer neuen Gemeindevorbereitung feststellen zu können. — Der
...Regierung muß die vorzeitige Veröffentlichung ihrer rückwärtigen
...Pläne sehr unangenehm gewesen sein.

Wilhelm II. als Agrarier in Südwesafrika. Neben den
...sonstigen Beständen hat Wilhelm II. auch seit dem Jahre 1912 zwei
...Farmen in Deutsch-Südwesafrika. Er kaufte die beiden Farmen
...Dikborn und Kosis, die 15556 und 9064 Hektar umfassen, von dem
...Buren Krabbenhoeft für 96000 Mark, das sind 4 Mark pro Hektar.

Die Bekämpfung der Spionage. In der Sitzung der Spionage-
...kommission vom 21. Januar gaben die Vertreter der Militär- und
...Marinebehörden eine Reihe vertraulicher Auskünfte über den Umfang
...der gegen Deutschland gerichteten Spionagebewegung, die fast die
...ganze Sitzung ausfüllten. Gegen die Stimmen der Konservativen
...wurde beschlossen, den Kriegsminister zu ersuchen, persönlich in der
...Kommission zu erscheinen.

Viktor Schweinburg gestorben. In Berlin starb der Politiker und
...Herausgeber der Berliner politischen Nachrichten, Viktor Schweinburg
...im 69. Lebensjahr. Der Verstorbenen war Mitbegründer und lange
...Jahre hindurch ehrenamtlicher Sekretär des Deutschen Flottenvereins,
...ferner der Vertrauensmann des Zentralverbandes Deutscher Indus-
...trieller. Er hatte gute Beziehungen zur preussischen Regierung. Ihm
...wurde seinerzeit öffentlich nachgesagt, mit wichtigen Regierungsakten,
...die er als Journalist zu Gesicht bekam, Schachergeschäfte getrieben zu
...haben. Als Vertrauensmann der Industriellen war er ein Scharf-
...macher erster Güte.

Ersatzwahl für den Grafen Mielezyski. Die infolge der
...Mandatsniederlegung des Grafen Mielezyski im Wahlkreis Samter-
...Birnbaum notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl ist auf den
...17. März angesetzt worden. — Der Kreis ist für die Polen sehr ge-
...fährdet.

Die Ostmarkenzulage abgelehnt. Die Budgetkommission des
...Reichstages lehnte die von der Regierung geforderten sogenannten
...Ostmarkenzulagen ab, gegen die Stimme der Konservativen, National-
...liberalen und Fortschrittlichen Volkspartei.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit

Ist von den Danziger Bloßstadtverordneten und ihrem Magistrat
...letzthin wieder mit den durchschlagendsten Gründen abgelehnt. Alle
...die dreiklassigen Menschenfreunde, von Münsterberg bis
...Fuchs, die jetzt bei der für sie sehr billigen pharisäischen Bettel-
...für die Opfer der Sturmflut vor Humanität und werktätiger Men-
...schenliebe überfließen möchten, stimmten die Hilfe für die Arbeits-
...losen brutal nieder.

Besonders der Sozialpolitiker Münsterberg konnte sich
...deshalb nicht, trotz seiner angeblichen Sympathie für die Ver-
...sicherung, dafür entscheiden, weil die statistischen Unterlagen nicht
...genüigten. Diese Phrasen sind die landläufigen aller Arbeiterfeinde.
...Der Stettiner Stadtrat Schläpfer hat sie in einem kürzlich
...erstatteten schriftlichen Bericht über die Durchführbarkeit der städti-
...schen Arbeitslosenversicherung wie folgt vernichtet:

„Die Praxis hat gezeigt, daß sich die Schwierigkeiten über-
...winden lassen. Man muß sich vor allem vergegenwärtigen, daß
...die Versicherung nicht zugleich mit dem Beginn der Arbeitslosig-
...keit eingreift, sondern erst nach Ablauf einer manchmal recht
...geräumig bestimmten Wartefrist, und daß sie schließlich nur einen
...Bruchteil des Schadens deckt, so daß also für den Versicherten
...der Anreiz, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, denkbar ge-
...ring ist. Wenn weiter der Einwand erhoben wird, für
...die Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung fehle es
...an den zahlenmäßigen Unterlagen und ihre Einführung
...sei kaum denkbar, weil das Eintreten des Versicherungs-
...falles zu sehr von dem Willen des Versicherten ab-
...hänge, so ist dem entgegenzuhalten, daß für fast alle größeren
...Versicherungen das statistische Material erst nachträglich auf
...Grund der Erfahrungen gewonnen ist. Die Möglichkeit der
...praktischen Durchführung der Arbeitslosenversicherung wird
...heute denn auch kaum noch bestritten. Daß die Arbeitslosen-

versicherung die Handflucht fördere, sei kein grundsätzlicher Ein-
...wand. Auch eine Schwächung des Selbstverantwortlichkeitsge-
...fühls und eine Förderung der Arbeitsfaulheit trete nicht ein. Es
...sei zu bedenken, daß im Reich ständig mehrere 100 000 Ar-
...beiter arbeitslos sein müssen, weil Arbeitslosigkeit für sie nicht
...da ist. Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft wider seinen
...Willen brachliegen lassen und zur Verfügung des Unternehmers
...halten. Die Fülle von Elend und Erbitterung, die unverschul-
...dete Arbeitslosigkeit meist mit sich bringt, kann, wenn die Ar-
...beitslosigkeit weitere Kreise zieht und lange anhält, Gefahren für
...die öffentliche Ordnung und Stillestehen heraufbeschwören, die
...schwere Schädigungen der Allgemeinheit im Gefolge haben
...können. Die Gefahr einer umfassenden Arbeitslosigkeit ist in
...neuerer Zeit größer als früher, weil der zunehmende Industrialis-
...mus immer größere Arbeitermassen verlangt, für die er beim
...Herabgehen der Konjunktur eine Verwendung nicht hat.“

Jeder Satz dieses offiziellen Berichtes ist eine Anlage gegen
...die freisinnige Arbeiterfeindschaft, die unter Führung Münster-
...bergs im Rathause sich breit macht. Dieser Bericht hat vor allem
...den großen Wert, daß er die unwahren Ausreden der freisinnigen
...„Volksfreunde“ und ihrer schwarzjüdischen Blutsauger bloß legt.
...Sie können sich jetzt nicht mehr mit der faulen Entscheidung
...drücken, daß sie der Arbeitslosenversicherung nicht zustimmen
...können. Jetzt steht fest, daß sie es einfach nicht wollen,
...weil sie im Rathause eben nur die selbstschädigste Klassenpolitik zu
...Gunssten der Besitzenden treiben und deshalb auf die größten Nöte
...der Arbeiterschaft ungeniert pfeifen.

Christliche Krankenkassenpraxis.

Aus schwarzen Reden und Flugblättern wissen wir es zum
...Überdruß, daß Sozialdemokraten Krankenkassen nur ruinieren
...können. Die klugen Männer der Tat und praktischen Einsicht sind
...allein die Böglinge des Zentrums.

Schlinge für solche Behauptungen nur der große Mund Zeuge
...ist, geht es ja eine Weile. Leider kommt aber die schwarze Groß-
...schwäherei auch da und dort in die Lage, ihre Befähigung praktisch
...zu beweisen. Und gerade in unserer Allgemeinen Ortskrankenkassen-
...praxis sind deshalb sehr interessante Studien zu machen. Im Vor-
...stande sitzen hier, neben vier unserer Genossen, der Vorsitzende des
...zentrumsschwarzen Gewerkschaftskartells, der einzige schwarze
...Konfessionsangehörige und angehende Zentrumsagitor B e u s t e r
...und der ziemlich frisch in München-Gladbach approbierte Sekretär
...des zentrumsschwarzen Holzarbeiterverbandes, F a b i a n K n o c h.
...Wir haben es also mit zwei erstklassigen Zentrumsleuten zu tun.
...Das wissen sie auch selbst. Bei der Wahl des Ausschusses zur Be-
...triebskrankenkasse der Kaiserlichen Werft hat B e u s t e r es ja laut
...genug verkündet, wie herrlich alles gegangen wäre, wenn seine
...praktische Kunst hätte eingreifen können.

Dieses unergleichen schwarze Talent wirkt nun in der All-
...gemeinen Ortskrankenkasse samt seinem Zentrumsbruder Knoch als
...der große — Schweiger! Cessuet er einmal die Schleusen seiner
...Beredamkeit, so meist nur, um möglichst treuherzig zu versichern,
...daß sein „Wissen und Verstand ist mit Finsternis umhüllt“. So
...ganz naiv erklärt er, der sich seiner Fähigkeit halber und um die
...Interessen der Versicherten zweckmäßig zu vertreten, in den Vor-
...stand wählen ließ, daß er von der Sache nichts verstehe und
...ihre Beurteilung den Sachverständigen B a r t e l, jawohl, dem
...roten Barte!, und F a b i a n überlassen müsse.

Außer diesen geistigen Anstrengungen gibt es aber auch noch be-
...sonders praktische Taten der zentrumsschwarzen Unschlaren, von deren
...Unvergleichlicher Wirksamkeit ihre Wähler sich fürchterliche Vor-
...stellungen machen mögen. Niemand war mehr als die beiden
...schwarzen Wortführer darüber empört, daß der Rentant L i n k e
...von der früheren Ortskrankenkasse für Fabrik- und Gewerbebetriebe
...von der Allgemeinen mit 5000 Mark Jahresgehalt übernommen
...werden sollte, obgleich die alte Kasse nur 2000 Mark „Reservefonds“
...hatte. Sie schwuren wild, daß die Arbeitergroßen der Mitglieder
...auf diese Weise nicht verbraucht werden dürften. Die Sache wurde
...zur näheren Prüfung über die Festlegung des Gehaltes zurück-
...gelegt. Nun wurde festgestellt, daß das hohe Gehalt für L i n k e
...nicht einmal vertraglich festgelegt war. Als die Reichsversicherungs-
...Ordnung ihre Schatten voraus warf, beschloß eine Generalsam-
...mlung in ahnungsvoller Voraussicht, sein Gehalt vom 1. April
...1906 von 2100 auf sofort 4200 Mark zu erhöhen! Es stieg dann
...weiter auf 5000 Mark.

Che diese erschwerende Feststellung getroffen war, erklärten die
...Schwarzen zu unseren Freunden gelegentlich immer wieder —
...und zwar aus eigenem Anlaß, daß sie unter keinen Umständen für
...die 5000 Mark stimmen würden. Sie wären für die Uebernahme
...der Rentanten der alten Kassen nur zu den Gehaltsfähigen der neuen
...Dienstordnung. Als B e u s t e r den Genossen B a r t e l, schon
...nach dem schwarzen Wortbruch bei der Vorsitzenden-Wahl, wieder
...einmal mit dieser Versicherung heimuchte, sagte ihm dieser kühl:
...„Er gäbe auf solche Beteuerungen von Leuten nichts, die schon mor-
...gen das Gegenteil von dem täten, was sie heute versicherten.“

Dann kam die neue Verhandlung über die L i n k e'schen
...5000 Mark. Genosse Z o o k e n forderte auf Grund der neuen
...Feststellungen die Zurückweisung der Sache an die Personal-
...kommission. B a r t e l unterstützte den Antrag mit guten Grün-
...den. Diesen Antrag stimmten die Schwarzen mit den Arbeitgeber-
...glatt nieder! Nach dieser Abwägung wünschte der unerschlagbare
...Praktikus B e u s t e r von Herrn Dr. S c h m i d z zu hören, wie
...sich L i n k e als Rentant — nach fast dreitägiger Tätigkeit in der
...neuen Kasse! — bewährt hatte. Der Geschäftsführer konnte diese
...Auskunft als gewissenhafter Mann natürlich nicht geben. Nun hat
...die Zentrumsleuchte, die Abstimmung möge wiederholt werden, weil
...er sich in der Abgabe seiner Stimme geirrt habe!!! Der Vorsitzende
...beruwigerte diesen Wunsch, obgleich auch unsere Genossen forderten,
...daß der geknickte B e u s t e r Gelegenheit erhalten sollte, die Ab-
...stimmung gegen sich zu reparieren. Nun kam aber noch das
...Tollste der an sich schon tollen Affäre. Bei der nun folgenden
...Abstimmung stimmte die schwarz-freisinnige Vertreterin M e g e r
...mit den Arbeitgebern für die 5000 Mark! Und die B e u s t e r
...und K n o c h sicherten diese Mehrheit, indem sie — die maß-
...los empörten Protestler — sich charakterlos der Abstimmung ent-
...hielten! Mit 5 Stimmen gegen die 4 unserer Genossen wurde bei
...3 Enthaltungen das Riesengehalt ohne jede Notwendigkeit bewilligt!

Die unübertrefflich praktischen Christen können aber auch
...anders, wenn es sich nicht um solche Subventionen handelt. Ge-
...nosse B a r t e l beantragte, daß die Kasse die Versicherungsbeiträge
...für ihre Angestellten voll übernehmen solle. Dazu hielt der
...Gewerkschaftler B e u s t e r diese schöne Rede: Teilweise bin ich
...mit B a r t e l derselben Ansicht, jedoch sonst dafür, daß wir
...nur den gesetzlichen Teil der Beiträge zahlen. Nach der An-
...stellung möchte ich die vollen Beiträge auf die Kasse übernehmen.
...Vielleicht lasse ich mich aber noch später belehren. Schließlich
...stimmten die Schwarzen, nachdem unsere Genossen sie
...wieder einmal erleuchtet hatten, doch noch für den Antrag B a r t e l.

So sieht die einzig unerschlagbare Christenpraxis im Lichte der Tat-
...sachen aus.

Ein pflichttreuer Christ und Stadtverordneter.

Begenwärtig hat die Frage der Einrichtung eines städtischen
...Stellengewerkes für Gastwirtschaftsgehilfen ein erhöhtes Interesse.
...Der Oberbürgermeister S c h o l z erklärte in der Stadtverordneten-
...versammlung am 13. Januar, daß im Magistrat Neigung bestehe,

hiesigen Nachweis einzureichen. Auch die Stadtverordneten stellen sich in der großen Mehrheit auf diesen Standpunkt.

Jetzt geht es also an die praktische Durchführung. Und da ist es besonders wertvoll, einen Blick in die Hintergründe der bürgerlichen Kommunalpolitik zu tun, die unpolitisch und ganz neutral nur das Allgemeinwohl fördert. Diese nützliche Aufklärung verankern wir dem einflussreichen zentrumschriftlichen Arbeitersekretär und lehrigen Möbelhändler Klawitter. Der fromme Mann ist trotz seines neuesten Berufes noch immer Vorstehender des Saalbestvereins und im Übrigen mit dem Stellvertreter G. K. nicht unbekannt. Bei der letzten Ablehnung des städtischen Nachweises sprach er gegen diesen!

Als die Frage am 13. Januar wieder auf der Tagesordnung kam, bemerkte Klawitter auf der Tribüne des Stadtverordneten-Versammlungsraumes den Vorsitzenden des Gastwirtschaftsverbandes, der den neuen Antrag gestellt hatte. Er rief ihn in den Sturz des Rathauses und hielt dort dem Ueberrasschten diese schöne Standpauke: Er sei noch Vorstehender des Saalbestvereins. In dessen Reihen sei wenig Stimmung für den städtischen Nachweis. Sie als Sozialdemokraten müßten mir als bürgerlichem Stadtverordneten zuhören, doch ich für Ihre Sache einträte, obwohl die Volkswacht mich so angeheißt? Bei diesem schmerzhaften Gesandnis zog K. die Nummer unseres Blattes mit dem Artikel Christliche Kauttionen beklammert aus seinem Busen. Dann lächelte er zart mahnend fort: Sagen Sie Ihren Gefinnungsgenossen, daß ich heute eigentlich gegen den Antrag aufzutreten wollte!

Der Gewerkschaftsvorstand erteilte auf diese wertvolle Offenbarung: Der Verband sei ein neutraler Berufsverein.

Was Klawitter mit der Presse habe, solle er mit ihr selbst erledigen. Die Geißeln hätten ihn übrigens gar nicht um seine Unternehmung gelockt, sie forderten einfach ihr gutes Recht. Daraus entgegnete Klawitter so herzlich wie immer: Das Neutrale können wir schon! Sie sind doch dem Gewerkschaftsartikel angeschlossen. Das beweist, daß Sie Sozialdemokraten sind! Damit begab Klawitter sich wieder in den Saal der dreiklassigen Kommunalversammlung.

Eine Denunziation darf man die „sozialdemokratische“ Charakterisierung der Gastwirtschaftsgewerkschaft natürlich nicht nennen. So kennzeichnend christlich dieses Verfahren des Klawitter auch ist, so läßt etwas anderes noch viel mehr ins Gewicht. Die Stadtverordneten verpflichten jeden Stadtverordneten, was übrigens für jeden gewissenhaften Mann selbstverständlich ist, ohne Rücksicht auf andere Momente nur nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung zu entscheiden. Er darf nicht als Vertreter einer Partei oder Gruppe handeln, sondern soll stets nur als Vertreter der Gemeinshaft betätigen. So soll es sein! Klawitter hat sich ein bedeutendes Verdienst dadurch erworben, daß er unerbittlich gezeigt hat, wie es wirklich ist!

Städtische Sparanstalt. Die vom Oberbürgermeister Scholtz mit besonderem Eifer betätigte Sparanstalt ist häufig etwas ganz anderes als kluge Wirtschaftlichkeit. Eine Probe dieser Art wird auch mit Arbeitern des städtischen Gaswerkes gemacht. In der bisherigen Gasanstalt 2 am Milchpeter sind noch fünf Oefen alten Systems im Betriebe. Zu deren Beschickung sind normal in der Tagesfrist acht und in der Nachtschicht sechs Arbeitskräfte erforderlich. Seit circa sechs Wochen muß aber die gleiche

Arbeit im Tage von sechs und in der Nacht von vier Mann geleistet werden. Die Gasmeister hielten als praktisch erfahrene Männer die Beschäftigung von mehr Arbeitern für notwendig. Stadtrat Kunge und der noch recht jugendliche Betriebsleiter Dr. Ragelung mißt lehnten diese Forderung jedoch ab. So drei Wochen erhalten die an diesen Oefen beschäftigten Arbeiter wenn a l l e Oefen im Betriebe sind, pro Mann und Schicht für die Mehrarbeit eine Stunde Lohn mehr. Das macht für jede Tag- und Nachtschicht zusammen eine besondere Entschädigung von 4, Mark. An Lohn für die notwendigen zwei Arbeiter mehr wäre aber für Tag- und Nachtschicht zusammen 16,80 Mark zu zahlen. Die Verwallung „part“ somit in 24 Stunden immer bare 12, Mark auf Kosten der Arbeiter!

Das ist auch ein Geschäft, das die Stadt besonders jetzt wo es Arbeitslose genug gibt, die voll bitterer Sorge Tag für Tag umsonst nach einem Stückchen Brot suchen.

Liebe des freien Manns... Dem Berliner Tagblatt wird geschrieben: Der bei den Danziger Leibhusaren stehende Prinz Friedrich Sigismund von Preußen begab sich nach der letzten Sturmflut in den Kreis Puhlig zur Beschäftigung der ungeheuren Sturmchäden. Dabei lehrte er im Puhliker Kurhaufe ein wenig tranke dort Kaffee. Kaum hatte sich der Prinz entfernt, als ein Beamter der dortigen Kreisverwaltung auf den Kurhauswirt eintrat und ihm die Tasse, aus der der Prinz getrunken, für zehn Mark abkaufte. — Hoffentlich läßt der glückliche Besitzer die Tasse nicht reinigen, denn dann verliert sie an Wert!

Befangverein Sängergesang.
Einführung zu dem am Sonnabend, den 31. Januar, in den Räumen des Herrn Sterpahn, Bürgergarten, Schönbühl stattfindenden

Maskenball

verbunden mit vielen Belustigungen, wozu Freunde und Gönner des Vereines freundlichst eingeladen sind.

Masken gern gesehen.

Eintrittskarten im Vorverkauf: In den Gewerkschaftsbüros Dominikswall 8, Verkehrslokale Maurerherberge, Reimann, Fischmarkt 6 und im Blaurtengeschäft G. Sellin, Schüsselmann 56. Mitgl. erhalten Eintrittskarten am Mittwoch, den 28. Januar in der Abtungsstunde.

Um rege Beteiligung erlucht Das Komitee.

Patent-Reform-Gebiß



100 Mk Zähne 180 Mk

ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte u. 10-jähriger Garantie für Haltbarkeit

Als Zähne à 1,80 Mark liefere ich solche, welche verschiedenl. mit 3,4 Mk. u. mehr bezahlt werden müssen. Plomben billigst. Reparaturen an 1 Mk., Umarbeitung nicht passender Gebisse schnellstens und billigst. Nervtöten 1 Mk.

Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen kostenlos.

Viele Dankschreiben von meinen Patienten über schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen in örtlicher Betäubung à 1 Mk.

Sprechstunden von 8-8 Uhr. **Mewald's** Sonntags von 9-2 Uhr.
Tel. 2621. „Institut für Zahnleidende“ Tel. 2621.
Nahe Hauptbahnhof. **Pfefferstadt 71**. Nahe Hansaplatz.

Central-Theater
Elbing, nur Brückstr. 15

Neues Programm

Darunter ein Hauptschlag und herrliche Dramen sowie Humoresken

Jedes Bild ein Schlag

Die Direktion

Die kluge Hausfrau
kauft nur bestes, bekömmliches und schmackhaftes

BROT

aus der **Danziger Brotfabrik**
G. m. b. H.

Tel. 380. **Kolkowgasse 15** Tel. 380.

Fabrikate in den durch blaue Schilder gekennzeichneten Geschäften erhältlich.

Eigene Verkaufsstellen: Kolkowgasse 15, Baumgartsche Gasse 30, Drehergasse 24, Tischlergasse 35, Meizergasse 11-13, Mattenbuden 20, Danzig-Neufahrwasser: Sasper Straße 23, Danzig-Schönbühl: Karthäuser Straße 103, Danzig-Stadtgebiet: Grauer Weg 8, Ohra: Schönfelder Weg 51.

Achtung! Jedes Brot trägt den Stempel: **Danziger Brotfabrik G. m. b. H.**

Die Waffen nieder! Von Berta v. Suttner. Preis brochiert 80 Pf., gebund. 1,20 Mk. empfiehlt Buchhandl. Volkswacht.

Elbing.

Englischbrunnen-Bier
Goldene Medaillen
Herrorragend in Qualität, bekömmlich u. haltbar
Brauerei Englischbrunnen-Elbing.

Zweigniederlassungen in Allenstein, Bromberg, Danzig, Dirschau, Graudenz, Königs, Thorn.

Empfehle meinen **Flavier- und Ziffer-Galon**
F. Klein, Niedere Seigen 17.

Lieferung für alle Krankenkassen
und Anfertigung aller ärztlichen Rezepte in Elbing in der **Apotheke Fischerstrasse 45/6**
Haupt-Niederlage für alle homöopathischen Arzneimittel.

Weichsel-Königin Seife



ist garantiert rein, schont daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Leberöl enthält J. M. W. Seifenfabrik, Thom

R. Kowalewski, Nachf.
Elbing, Heiligegeiststr. 16, „Zum Lachs“
Fabrik feinsten Liköre :: Weingroshandlung
affiniert zu Festlichkeiten seine aus den besten Bestandteilen hergestellten

Punische

- Punsch-Royal
- Burgunder-Punsch
- Schlummer- „
- Kaiser- „
- Ananas- „
- Schwedischer „
- Alkoholfreier „

Freude u. Jubel
in jeder Familie erweckt zur Kürzung der Langeweile ein gut spielender **Sprechapparat**
mit neuesten Platten und Walzen Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage und Ausführung **Elbinger Platten-Centrale**
Hans Tischmann.
Blaue Rabattmarken.

Alkoholfreie Getränke.
Fabrik für alkoholfreie Getränke von E. Ehlert Nachfolger Schidlitz.

Sin alko
Albert Kraft.

Chr. Schatz, Ohra. Teleph. 450.

Brotfabriken.
Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kolkowgasse 15
Blaue Schilder kennzeichnen die Niederlassungen.

Bäckereien.
Bäckerei Kübler
Häkelwerk 5, feinste Backwaren

Damenputz u. Modewaren
M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiss-, Wollwaren.
Destillation, Liköre.
F. Berner. Kolonialwaren, Sperr- u. Neugasse 16-11.

Oscar Schützmann, Tischlergasse 67
ff. Liköre, Rum und Kognak.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Carl Sielaff, Ohra
Grammophone und Platten.

Herrn-Artikel.
Hut-Haus London
H. H. Damm 19.

Herrn-Garderoben.
Konfektionshaus für Arbeitergarderoben
J. Kuhn, Schüsselmann Nr. 56, und Langbrücke.

Bezugsquellen-Verzeichnis.
Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich einmal.

S. Lazarus
Gegr. 1864
Langfuhr Hauptstrasse 22.

Goldene 14
Lange Brücke.
Kaufhäuser.

Sally Bieber, Stadtgebiet Nr. 46
Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts.
Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

Kolonial- u. Materialwaren
A. Hagedorn, Wallgasse Nr. 25.

G. E. Steinhilbermann vorm. PRANTZ
Schüsselmann 32
Mehl Hülsenfrüchte etc.

Literatur.
Zentralbibliothek
zu Danzig
kostenlose Bücherausgabe
Mittwoch von 7-8 Uhr
Sonnabend v. 6-8 1/2 Uhr
abends
Dominikswall 8, Hof 1.

Möbelmagazine.
Das Möbel-Magazin von **Fr. Lisinski, Langfuhr**
Kastanienweg 5a
ist bei der Arbeiterschaft die beliebteste Bezugsquelle aller Sorten Möbel. Bequeme Zahlungsbedingung.

Restaurants.
Maurerherberge
Schüsselmann 28
Verkehrslokal d. freien Gewerkschaften.

Schnupftabak-Fabriken.
Julius Gosda
Häkergasse 5
II. Priestergasse 5, Ecke **Schnupftabak-Kachelerei.**

Schuhwaren.
August Wilke
Langfuhr, Hauptstrasse.
Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren.
Eigene Reparatur-Werkstatt.

L. Michaelis
III. Damm 6, Heilige Geistgasse 36
Großes Lager gedieg. Schuhwaren
Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Transportgeschäfte.
Roll-Fuhre
werden billig ausgeliefert
A. Hagedorn, Wallgasse

Uhren und Goldwaren.
U. Lewy Nchil., Danzig
Bretgasse 28, Ecke Goldschmidgasse

Zigarrengeschäfte.
Organisierte Arbeiter kaufen bei
Eugen Sellin, Schüsselmann

Tabak, Zigarren Zigaretten
A. KRAUSE
Danzig, Rammberg

Partei- u. Gewerkschaftsliste
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Aus dem Reichstage.

Die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches war am 21. Januar fast allein der Gegenstand der Erörterung, die die Generaldebatte über den Etat des Innern weiterführte. Die überaus wohlwollenden Darstellungen, die der Staatssekretär am Dienstag von den Wirkungen der berühmten „bewährten Wirtschaftspolitik“ gegeben hatte, wurden durch den fortschrittlichen Abgeordneten Herrn Gothein in einer sehr gründlichen Kritik untersucht und in den wesentlichen Punkten vollkommen widerlegt.

Herr Gothein ist sicherlich kein glänzender Rhetoriker von blendender rednerischer Begabung; aber er beherrscht vorzüglich das umfangreiche Material der deutschen Handelspolitik und weiß es auch in der Polemik gegen die Hochschützjünger in ausgezeichneter Weise zu verwerten. Diese Anerkennung wird nicht von den Bedenken berührt, die die Schlussfolgerungen des Herrn Gothein erwecken müssen. Aus den eigenen Darlegungen des fortschrittlichen Redners ergibt sich vielmehr im Gegensatz zu der Unsicherheit, die Herr Gothein bewies, daß ein entscheidender Angriff auf das System des Hochschutzes möglich und notwendig ist.

Aus der sehr eingehenden, mehr als dreistündigen Rede des Herrn Gothein lassen sich einzelne Momente nur schwer hervorheben. Es war eine geschlossene und logische Reihe von Argumenten gegen das hohe Zölle, das Herr Dr. Delbrück tags zuvor gesungen hatte.

Diese Argumente bemühte sich Herr Dr. Arndt nach Möglichkeit zu erschüttern, aber seine Scherze waren nicht einmal kurzweilig. Viel interessanter an den Ausführungen des reichsparteilichen Redners war die Kritik an der Erklärung, die die Regierung tags zuvor durch Herrn Delbrück zur Erneuerung der Handelsverträge abgegeben lassen. Diese offene Enttäuung ihrer Absichten sei wenig diplomatisch.

Dieser Beschwärde liegt natürlich die Verstimmung darüber zugrunde, daß die Regierung sich nicht ohne weiteres für eine nochmalige Erhöhung der Zölle begeistert.

Auch aus den Bemerkungen, die zu Beginn der Sitzung der bayerische Agrarier Weiböck gemacht hatte, klang diese Klage.

Am 22. Januar war die Sozialpolitik wieder der Hauptgegenstand der Erörterungen und zwar war es das Haupt- und Zentralproblem aller sozialpolitischen Betätigungen, das zur Debatte stand. In der Tat ist keine Sozialpolitik denkbar, weder durch die Gesetzgebung, noch durch das eigene Vorgehen der Arbeiterklasse, wenn nicht dem Proletariat die volle Bewegungsfreiheit garantiert ist. Das freie Koalitionsrecht ist die Quelle und der Schutz sozialpolitischer Wirkens.

Das haben nicht nur die Vertreter der Arbeiterschaft längst erkannt, auch die Gegner unserer Bewegung und gerade sie sind zu diesem Bewußtsein gelangt, und eben daraus erklären sich die heftigen Angriffe, die sie systematisch und unermüdet gegen das Koalitionsrecht richten. Genosse Heine hat in der ausgezeichneten Rede, die er zur Verteidigung und zum Ausbau des Koalitionsrechts gehalten hat, den Grundsatz ausgesprochen, der eigentlich selbstverständlich Geltung haben mußte: daß das Koalitionsrecht keiner besonderen Festlegung bedarf; daß es an sich ein natürliches Recht ist, das mit uns geboren ist. Und tatsächlich — diesen Nachweis führte unser Redner mit einer vollkommenen Argumentation — sind alle heute zu Recht bestehenden Bestimmungen nichts weiter als eine Einschränkung eben dieses Rechts. Den Feinden staatsbürgerlicher Frei-

heit und der Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse sind indessen diese Einschränkungen noch viel zu wenig hart und streng, und man kennt ja auch die leidenschaftliche Propaganda, die für den berüchtigten „Schutz der Arbeitswilligen“ betrieben wird. Im Reichstage hat sich diese Agitation in dem konservativen Antrag verdichtet, der dieses Jahr wiedergekehrt ist, nachdem er 1912 und 1913 eine Ablehnung durch die Mehrheit erfahren hat. Ueber solche gesetzgebenden Anregungen hinaus besteht die Gefahr, die sich beispielsweise offenbart hat in Neußerungen des Hansabund-Direktoriums und dem Verhalten der Nationalliberalen auf ihrem Wiesbadener Parteitag.

Die Gefahr besteht also, und die Verwerfung der jetzt wiedererstandenen konservativen Resolution in den beiden Vorjahren dürfte keinesfalls die Illusion erwecken, als sei nunmehr jede Bedrohung des Koalitionsrechts beseitigt. Schon von diesem Gesichtspunkte aus war die Rede des Genossen Heine notwendig und wichtig. Und darüber hinaus ist gegen alle scharfmacherischen Tendenzen die Forderung ständig zu erheben: Ausbau und Sicherung des Koalitionsrechts.

Zu Beginn der Sitzung hatten die effizienten Zentrümmer Dr. Haagen und der gegen seinen eigenen Willen lustige Antisemit Dr. Werner-Giesen über einige Probleme der Wirtschaftspolitik unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit gesprochen.

Zabern im Reichstage.

Ueber die Sitzungen am 23. und 24. Januar, in denen die Zabernerinterpellationen zur Verhandlung kamen, wird uns aus dem Reichstage geschrieben:

Die ganze große Bedeutung der Frage, die in den Novembertagen in Zabern aufgeworfen worden ist, äußert sich schon in dem tiefen und lebendigen Interesse, mit der das ganze Volk an ihrer Erörterung teilnimmt. So war auch heute, da die neuen Zabernerinterpellationen im Reichstage zur Debatte standen, der „große Tag“, dem der Kaiserantrag zu den Tribünen sein deutliches Gepräge gibt. Zu dieser gesteigerten Anteilnahme wird auch das Empfinden beigetragen haben, daß die ganze Angelegenheit, die so viel Spannung erzeugt hat, vielleicht heute einen Ausgang finden würde. Wer diese Erwartung gehabt hat, wird das Gefühl der Enttäuschung haben, und es soll auch gesagt werden, daß, wenn die heutigen Beratungen wirklich das Ende vom Liede sein sollten, daß dann die bürgerliche Demokratie und das ganze Bürgertum eine hoffnungslose Niederlage erlitten hätte.

Aber in Wirklichkeit konnte nicht vermutet werden, daß die Besprechung der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Interpellationen oder auch der von den verschiedenen Parteien eingebrachten Anträge die letzte Folgerung aus der ganzen Situation ziehen und daß gewissermaßen das Problem seine Lösung finden könnte. Denn einmal hatte sich der Streit zugespitzt auf die Auseinandersetzung um die Rechtsgültigkeit der vom Obersten v. Reutter und vom Straßburger Kriegsgericht angezogenen Dienstvorschriften von 1899 oder, wenn man will, der darin angeführten Kabinettsordre von 1820. Und gerade diese Rechtsfrage, die in mehreren der Anträge, insbesondere im Initiativgesetzentwurf der Fortschrittlichen Volkspartei behandelt ist, — selbstverständlich in ihrem weitesten Umfang; denn dieser Antrag erstreckt eine strenge Abgrenzung der Befugnisse der Militärbehörden — diese Rechtsfrage wird ja erst in einer Spezialkommission näher untersucht werden. Es ist zu erwarten, daß die Ueberweisung an die Kommission erfolgt,

und so eine vollständige Erledigung dieser Frage vorbereitet wird. Dann aber liegt ja vor allem dem ganzen Kampf das entscheidende und tiefste Problem des ganzen deutschen Lebens zugrunde! In der Tat hat die Debatte, die sich auf die Zaberner Vorgänge aufgebaut hat, eben dieses Problem zum wirklichen Gegenstand. Was sich im Herrenhaus und im preussischen Abgeordnetenhaus, was sich auch in der ganzen konservativen Hege, namentlich aus dem Preußentag, offenbart hat, das ist der Kampf zwischen der preussischen Reaktion und den demokratischen Tendenzen, die im deutschen Reichsleben wirksam sind. Diese größte Frage deutscher Politik aber, die konnte sicherlich heute nicht zum Austrag kommen. In diesem Kampf bedeuten die Auseinandersetzungen über Zabern und über die militärischen Herrschaftsansprüche lediglich eine freilich wichtige Episode.

Allein in dem Geseht, das heute im Sitzungssaal geführt worden ist, hat das Bürgertum versagt, und erst in den späten Abendstunden hat der fortschrittliche Abgeordnete R a u m a n n die Ehre wenigstens eines Teiles des bürgerlichen Liberalismus gerettet. Um übrigen war die Debatte bis dahin unsäglich traurig verlaufen.

Genosse Dr. Frank, der unsere Interpellationen begründete, hatte die Frage in ihrem ganzen Umfang mit aller Präzision formuliert und zur Debatte gestellt. Er zeigte, wie er gleich zu Beginn seiner Rede ankündigte, daß es sich hier in der Tat um ein wesentliches Moment in dem großen geschichtlichen Entwicklungsprozeß Deutschlands handelt. Der Kanzler und die bürgerlichen Parteien forderte er auf, sich in diesem Zeitpunkt und in dieser Frage zu erklären, wo die Sozialdemokratie als erste Konsequenz aus allem Geschehen die Abschaffung der Militärgesetzbarkeit verlangt. Die Erörterung der juristischen Frage und seine Charakteristik der politischen Situation boten ihm die Argumente zum Beweis, daß wir mitten im politischen Konflikt sind. Seine Beweisführung wurde ihm allerdings durch den Präsidenten einigermaßen erschwert, der den Zusammenhang zwischen dieser Betrachtung und dem Wortlaut der Interpellation nicht anerkennen mochte, und der auf Anregung vom Regierungstisch besonders nervös wurde, sobald der Name eines der konservativen Hauptakteure, nämlich des Kronprinzen, genannt wurde.

Nachdem der fortschrittliche Redner, Professor von Uffz, die Interpellation seiner Partei in einer sehr präzisen juristischen Argumentation begründet hatte, kam der Reichskanzler zu Wort, der schon vorher bei der Erwähnung des Kronprinzen einige Aufgeregtheit bewiesen und auch einige Worte des Proletes gebraucht hatte.

Herr v. Bethmann Hollweg wird wohl die Empfindung gehabt haben, daß es sich in der ganzen Sache um mehr handelt, als nur um den Obersten von Reutter und seine Leutnants. Freilich begann er auch mit juristischen Ausführungen, die die in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angekündigte Nachprüfung der Dienstvorschriften von 1899 wieder anzeigten. Aber er mußte das politische Problem behandeln. Er tat es in seiner Weise. Den Preußentag tadelt er, indes er ihn zugleich entschuldigte, er kündigte ein fremdes Regiment für Elsaß-Lothringen an, und er versuchte dann, die ganze Erörterung abzulenken auf eine allgemeine Attacke gegen die Sozialdemokratie. Dieses kleine Mittel kleiner Diplomatie nützte ihm allerdings nichts. Er schloß, ohne irgend einen erheblichen Beifall zu erlangen.

Dann kam die Besprechung: Herr Fehrenbach vom Zentrum sprach so matt und mit solcher Nachgiebigkeit gegenüber dem Militarismus und der Regierung, daß man Mühe hatte, sich ihn

Kleines Feuilleton.

Anno 1525.)

Vor dem Kloster Himmelpforten
Liegt ein trüb'ger Bauernhaufe:
Haben lang genug gedarbet,
Klostervogt, die Türe öffne!

Bring herbei die Kellerschlüssel,
Hol' den Weizen von dem Speicher,
Hurtig, hurtig! Tummle dich, sonst
Machen wir dir stinke Weine.

Frau Mebtissin, aus der Truhe
Nimm heraus die Goldkleinodien;
Unserm Säckelmeister füttert
Lange schon nach diesen Schätzen.

Und die seid'ne Altardecke
Braucht die Mutter Gottes nicht, drum
Nehmen wir sie mit; wir lassen
Auch den Silberkelch mitwandern.

Also sprechen daß die Bauern
Und die Nonnen lamentieren:
Gott im Himmel, hilf uns Armen,
Schütz' uns vor den groben Plegeln!

Sieh, wir adeligen Damen
Können beten nur und essen,
Wovon leben wir, wenn freche
Bauern Klostergut so stehlen? —

In dem Kloster Himmelpforten
Weilt auch eine junge Nonne,
Tochter eines mächt'gen Ritters,
Magdalene war ihr Name.

Junges Blut von achtzehn Jahren,
Kniete gar nicht gerne vor dem
Kruzifix und hätte statt des
Schleiers Wyrten gern getragen.

Tanzte lieber drauß' im Freien
Mit dem Buhlen auf dem Anger,
Als daß sie in enger Klausel
Rosenkranz und Messe liert.

Mitgezogen mit dem Heerbann
Der Rebellen war ein junger
Zimmermann aus Würzburgs Gassen,
Wollte mit dabei sein, wenn der

Ritter Burgen feurig rot gen
Himmel jahren, fand Gefallen
Auch am alten Klosterweine
Und dem lust'gen Lagerleben.

Diesen Zimm'rer sah das Fräulein,
Sah zu tief ihm in die Augen,
Und die stolze Freiherrntochter
Ging mit dem Empörerhaufen.

Bald zu Würzburg hat ein Pfarrer
Zimmermann und Nonn' getraut;
War ein schönes Paar — zur Hochzeit
Spielt Geschick vom Frauenberge.

Und nach wenig kurzen Monden
Schwang das Henkerschwert der Knecht:
Eine blonde Witwe trauert
Um den jungen Zimmermann.

Hermann Alberl.

Die verbotenen Teile des Luftmeeres.

Die Luft hat aufgehört, frei zu sein, und dem Flugverkehr werden bald größere Einschränkungen auferlegt werden, als dem Verkehr auf dem Meer. Das erklärt sich leicht daraus, daß es auf dem Meer keine Geheimnisse gibt, auf deren Wahrung eine einzelne Nation Wert zu legen das Recht oder die Pflicht hätte. Nur in unmittelbarer Nähe der Küsten können solche Rückfichten eintreten. Der Ueberlandflieger dagegen kann in unübertrefflicher Weise Einblick in jeden Winkel des unter ihm liegenden Süds der Erde tun. Daher hat eine Reihe von europäischen Staaten schon jetzt Verbote für Flieger erlassen, die bestimmte Gebiete von einer Ueberflieger ausnehmen. Die Deutsche Luftfahrer-Zeitschrift veröffentlicht eine Karte des größeren Teils von Europa, worin die für Luftfahrzeuge verbotenen Zonen in Deutschland, Österreich und Großbritannien bezeichnet sind. In Deutschland sind ausgenommen das ganze Gebiet beiderseits des Oberrheins bis in die Breite von Karlsruhe, ferner links des Rheins die Umgebung von Speyer, Mainz, Koblenz, Köln und Wesel; in Lothringen selbstverständlich der Umkreis der Festungen Metz und Belfort; dann in Süd-Deutschland Ulm und Ingolstadt; in Nord-Deutschland die ganze Nordseeküste von der holländischen Grenze bis über die Elbmündung hinaus, mit Einschluß der meisten Inseln und insbesondere Helgoland; weiterhin Kiel, Stettin mit Swinemünde, Danzig, Königsberg mit Pillau und dem ganzen Samland, ein großer Bezirk von Jasterburg südwärts bis zur russischen Grenze, desgleichen das Gebiet von Graudenz bis Thorn endlich die Umgebungen von Posen, Küstrin, Glogau, Breslau und Glatz. Österreich hat eine noch gründlichere Grenzsperrung eingeführt. Nur die deutsche Grenze ist völlig freigegeben, die schweizerische und italienische dagegen in ganzer Ausdehnung verschlossen bis auf eine Einfallspforte von 40 Kilometer Breite am Pödenpaß in den Karnischen Alpen. Ebenso ist ganz Galizien gegen Rußland hin gesperrt. Das Ueberfliegen russischen Gebiets ist bekanntlich für Ausländer bisher völlig verboten. Sehr ausführlich sind die Bestimmungen für Großbritannien, namentlich auf der Süd- und Ostküste ist eine große

Zahl einzelner Ortschaften angeführt. Als Einfallspforten sind freigegeben die Lynnebucht Brighton, Eastbourne, Margate, Stansgate, die Meeresbucht des Wash, ein Küstenstrich zwischen Newcastle und Edinburgh und Fraserburgh in Schottland.

Nah und Fern.

Vorsicht! Nicht in Preußen nicht zu laut! Ein charakteristisches Polizeistückchen war, dem Berliner Tageblatt zufolge, dieser Tage Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Buns-lau. Ein Bürger war von der Polizeiverwaltung mit einem Strafmandat bedacht worden, weil er eines Nachts auf dem Marktplatz zu laut geniest habe. Der Verstraft erhob Widerspruch. Vor dem Schöffengericht erklärte er, daß er nach dem Verlassen eines warmen Lokals meist Niesanfalle bekomme; das sei auch an jenem Abend der Fall gewesen. Von dem Verteidiger des Angeklagten wurde darauf hingewiesen, daß es nicht Sache der Polizei sein könne, das Niesen der Einwohner unter Kontrolle zu stellen, und es sei nicht angängig, in dieser Weise gegen einen Bürger vorzugehen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Eine heldenmütige Rettung dreier Personen vollführte ein Hauptmann von Grone in Ribdagshausen bei Braunschweig. Auf einer abgeleiteten Stelle eines Teiches brach ein zwölfjähriger Knabe ein, den der Hauptmann unter großen Anstrengungen ans Land brachte. Unmittelbar darauf verlor an einer anderen Stelle desselben Teiches ein 13-jähriges Mädchen, welchem Hauptmann von Grone ebenfalls sofort zu Hilfe eilte. Er selbst und ein älterer Herr, der sich am Rettungsversuch beteiligte, brachen zunächst gleichfalls ein. Es gelang dann aber Hauptmann v. Grone, zuerst den älteren Herrn zu retten und darauf das Kind an Land zu bringen. Gänzlich ermattet mußte der Hauptmann mit fremder Hilfe in ein Privathaus gebracht werden, von wo aus er mittels Automobils in seine Wohnung nach Braunschweig übergeführt wurde.

Sechs Kinder erfroren. In einer Felsenhöhle bei Weipert in Böhmen fand man sechs Schulkinder im Alter von 7 bis 12 Jahren auf. Die Kinder waren auf dem Heimwege vom Schneesturm überfallen worden.

Ein Kind verschwunden. Der Regierungspräsident von Hannover setzte eine große Belohnung auf die Wiederauffindung der fünfjährigen Tochter des Arbeiters Wildhagen aus. Es wird angenommen, daß das Kind einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Laubengärten Hannovers sind mit 300 Soldaten und mit Polizeihunden abgesucht worden, es ist aber keine Spur von dem Kinde gefunden worden.

Von Wölfen überfallen und zerfleischt. Wie aus Minnesota (Nordamerika) gemeldet wird, entdeckten Waldläufer die vollkommen zerfleischte Leiche eines Indianers. Um ihn herum lagen die Kadaver von neun Wölfen. Aus den Spuren lag man sich folgendes Drama konstruiert: Der Indianer wurde von einem Rudel hungriger Wölfe überfallen. Er verschloß sämtliche Patronen, die er bei sich hatte und wehrte sich bis zum Schlusse mit seinem Messer, bis er erlag.

*) Der geschilderte Vorgang ist historisch beglaubigt.

11. Die Form der Vollmacht ist durch die L.-O.-D. nicht festgelegt. Es dürfte empfehlenswert und auch praktisch zugleich sein, in allen Fällen eine schriftliche Vollmacht zu erbringen. Denn damit kann man einwandfreies Nachweis der Vertretung geführt werden. Bleibt noch die Frage, ob die Vollmacht ortsbehördlich beglaubigt sein muß. Nach einer Entscheidung des O.-B.-G. ist das zu ihrer Gültigkeit nicht erforderlich. Aber — und jetzt kommt die breite Hintertür — der Wahlvorstand hat das Recht unbeglaubigte Vollmachten zurückzuweisen, „wenn sich begründete Zweifel an der Echtheit der Unterschrift ergeben.“ Nun haben wir öfter die Erfahrung gemacht, daß unsere Genossen mit unbeglaubigten Vollmachten zurückgewiesen wurden, weil „Zweifel in der Echtheit usw.“ beim Wahlvorstand entstanden. Andererseits genügen Vollmachten, auf denen Wahlberechtigte irgend eine Ortsleuchte mit der Vertretung betrauten. Wenn es unseren Genossen immer gelänge, den Wahlvorstand zu besetzen, dann wären diese schändlichen Erscheinungen schnell beseitigt. Leider gelingt das nicht immer und es scheint deshalb rätlich, wenn man sich auf alle Fälle vorieht und die Unterschriften der Vollmachten beglaubigen läßt.

12. Ist eine Vollmacht stempelspflichtig? Nach der Tarifnummer 73 Absatz 3 des Tarifs zum Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 und 28. Juni 1909 sind die Stempelpflichtigen, und zwar mit 1,50 Mark. Eine diesbezügliche Anfrage lautete: Stempelpflichtig! Nun besteht allerdings eine Ministerialverfügung aus dem Jahre 1905, in der es heißt, daß die Gemeindebehörden, „abgesehen von Einzelfällen“, von der Forderung der Beibringung förmlicher schriftlicher Vollmachten, die Stempelpflichtig sein würden, absehen und sich damit begnügen sollen, wenn in anderer Form durch die Vertreter der Stellvertreter benannt wird. Da sehen wir in Gestalt von „Einzelfällen“ schon wieder ein „Loch“, durch das der Stellvertreter mit seiner „nicht einwandfreien“ Vollmacht eventuell hindurchspaziert und das Stimmrecht seines Auftraggebers nicht ausüben kann. Ja, wenn wir nicht in Preußen wären, dann würden wir vielleicht weniger mißtraulich sein, aber so...

Die Parteigenossen tun vielleicht gut, wenn sie früh genug eine Anfrage an die Gemeindevertretung richten dahingehend: welche Form von Vollmachten rechtsgültig bei den Wahlen zugelassen werden soll. Erfolgt kein Beschluß oder keine klare Antwort, bleibt also die anerkennende Form der Vollmacht in der Schwebe, dann ist es der sicherste Weg, die Vollmachten stempeln und beglaubigen zu lassen.

Haben wir uns bisher verbreitet über die Fragen des Wahlrechts selbst, so soll in diesem letzten Aufsatz einiges über die Technik der Wahlhandlung vom Tage der Zusammenberufung der Wähler bis zum Schluß der Wahlhandlung gesagt werden.

13. Wahltag und Einladung zur Wahl. Alle zwei Jahre finden nach dem Paragraph 58 L.-O.-D. im Monat März die regelmäßigen Ergänzungswahlen der Gemeindevertretung statt. Halten sich die Ortsbehörden nicht an den Monat März, dann liegt nach kein Grund vor, die Wahlen für ungültig zu erklären. Mindestens sieben Tage vor dem Wahltag sind die Wähler durch den Gemeindevorsteher in „ortsüblicher“ Weise einzuladen. „Die Bekanntmachung muß den Raum, den Tag, die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bezeichnen.“ Als „ortsübliche“ Bekanntmachung ist eine Form zu verstehen, die auf Uebung beruht, also schon immer angewendet wurde. Auch hier trifft zu, was unter dem Absatz „Die Wählerlisten“ im dritten Artikel ausgeführt worden ist. Die Festsetzung der Wahlzeit liegt leider in den Händen des Gemeindevorstehers. Er kann einen festen Zeitpunkt (Terminwahl) oder eine nach Anfang und Ende begrenzte Frist (Fristwahl) bestimmen, an der sich die Wähler im Wahllokale einzufinden haben. Das Oberverwaltungsgericht hat in einem Urteile aus dem Jahre 1908 gesagt, daß die Wähler keinen Anspruch darauf haben, ohne Zeitverlust und ohne Unbequemlichkeit zur Wahl zu gelangen. Wohl ist in demselben Urteile ausgesprochen, daß „erhebliche Beeinträchtigungen“ der Wähler tunlichst vermieden werden sollen, aber es heißt dann im gleichen Zuge: „Wie innerhalb dieser Grenzen die Wahlzeit im einzelnen Falle zu bestimmen ist, unterliegt dem pflichtgemäßen Ermessen des Gemeindevorstehers.“ Wir wissen aus Erfahrung, daß dieses „pflichtgemäße Ermessen“ sehr oft in der Ansetzung der Wahl an einem Vormittag befähigt wurde. Also auch hier ein kleines Stück preussischer Absolutismus. Ist ein fester Termin zur Wahl angesetzt, dann haben sich die Wähler alleamt zu diesem einzufinden. Nachträglich erscheinende Wähler müssen zur Stimmabgabe zugelassen werden, wenn die Wahlhandlung bei ihrem Erscheinen im Wahllokale noch nicht geschlossen ist. Es gibt Wahlleiter, die bei Terminwahlen die in die Liste eingetragenen Wähler der Reihe nach verstehen und nach Verlesung des letzten Namens die Handlung schließen, ohne gefragt zu haben, ob jemand noch abzustimmen willens ist. Das ist unstatthaft; vielmehr muß der Wahlleiter in jeder Form zu erkennen geben, daß er keine Stimme mehr entgegennimmt. Bei Fristwahl müssen alle die Wähler, die vor Ablauf der Wahlfrist im Lokale erschienen sind, gleichgültig um wieviel die Frist überschritten ist, zur Abgabe ihrer Stimme noch zugelassen werden.

(Schluß folgt.)

Danzig.

Kommunale Armenpolitik.

Das Verwaltungsjahr 1912/13 hat der Stadt einen Ueberfluß von fast einer Million Mark gebracht. Er stammt in der Hauptsache aus den erwerbenden Betrieben der Stadt, Gas- und Elektrizitäts-Werk. Die von der Stadt beschäftigten Arbeiter sind in erster Linie seine Erzeuger.

Dieser Totfisch wird auch in dem Haushaltsplan für das Verwaltungsjahr 1914/15 in gebührender Weise Rechnung getragen. Zunächst dadurch, daß die längst notwendigen Lohnerhöhungen nicht in den Etat eingestellt sind. Dann sollen aber auch die Gehaltssteigerungen noch mehr als bisher den Invaliden der Arbeit und den durch unsere göttliche Weltordnung verarmten Proletariern zugute kommen.

Schon im vorigen Jahre wurden in den Armenetat rund 9000 Mark weniger, als im Jahre vorher, eingestellt. Diese humane Reform ist in dem neuen Etat noch weiter fortgesetzt. Die Erziehung wirkt unvermindert weiter. Die Krise ruiniert auch in Danzig die Schicksale der Proleten. Der Reformator des hiesigen Armenwesens, Stadtrat Ewert, hat es trotzdem fertig gebracht, den Etat der Armen noch um weitere 44 700 Mark herabzusetzen! Unter Einrechnung der vorjährigen Herabsetzung von 60 000 Mark hat er jetzt das stolze Jubiläum feiern, den Armen in diesem Jahre über 100 000 Mark weniger als vor zwei Jahren zu geben!

Die freisinnige Volksfreundlichkeit strahlt aber trotz dieser hehren Tat im hellsten Licht. Für Wiederherstellung des Englischen Hauses werden die ersten 20 000 Mark für den Bau eines städtischen Heaters die ersten 50 000 Mark gefordert!

Die Tränen der Armen werden also wegen der ihnen noch sehr verklärten Armen nicht umsonst fließen...

Der Arbeiter, der diese Armen „fürsorge“ nicht mit brennender Einnahme als Schmäzung seiner Klasse empfindet, ist ein feiger, feigenlicher Mensch. Dagegen hilft aber nicht die Faust in der Tasche. Wer die Armen, die Alten, die Witwen und Waisen gegen die Peitschenhiebe der kommunalen Dreiklassenpolitik schützen will, muß im Herbst sozialdemokratische Stadtvorordnete wählen.

Auf hoher Warte.

Die Neuesten Nachrichten, das juchtenleberne Kosakenblatt des nationalliberalen Großkapitalisten Fuchs, verkündete zum letzten Quartalsbeginn für den Abonnentenfang, daß es sich in vornehmster Zurückhaltung niemals in die Niederungen politischer Auseinandersetzung begeben würde. Es wollte stets nur von hoher Warte in idealster Weise für das Volkwohl wirken. Als dann festgestellt wurde, daß der Besitzer des angeblich unparteilichen Blattes nationalliberaler Parteilamm und Vertrauensmann großkapitalistischer Koalitionsfeinde war, schrie das erhabene Käseblatt diese Feststellung los. Es versicherte darauf, daß in seinen Spalten kein Platz für öde Polemiken wäre!

Nun strotzt das reaktionäre Blatt besonders während der Erörterungen über die Säbediktatur in Zabern von oft rüpelhaftesten Ausfällen gegen die Verteidiger der Volksrechte. Mit widrigen Schmähungen begleiten die Angestellten der Firma Fuchs auch die letzte Reichstagsdebatte über die Zaberener Ausschreitungen des Militarismus. Da lesen wir, daß „die linksstehende Presse sich seit Wochen ausgetobt“ hat. Das ist natürlich keine „öde Polemik“, sondern einfach eine unverschämte Journaltätigkeit des Kosaken. Der als Parlamentarier sowie allgemein seiner geistigen Bedeutung wegen geachtete Genosse Frank wird so geschmäht: „Die unerhörten, ebenso plumpen, wie taktlosen Angriffe des Mannheimer Rechtsanwalts Frank.“ Um ihre guten Töne noch besser zu illustrieren, schimpfen die sich auch sonst lebhaft für den Fischmarkt interessierenden Fuchsleute dem Genossen Frank noch „ruppige Bosheiten“ nach.

Mit diesen Stillblüten wollen wir die „hohe Warte“ der Neuesten verlassen, schließlich kann man ihnen zu schwere Vorwürfe nicht einmal machen. Wenn sie solche volksfeindlichen Rohheiten ablehnen wollten, würde ihnen ihr Brotherr den Standpunkt schleunigst klar machen. Für die Herabwürdigung der Vertreter des Volkes sind in letzter Linie diejenigen verantwortlich, die als Arbeiter dem Millionär Fuchs ihre Brotscheiben zutrauen. Würden auch nur hundert Abonnenten die reaktionären Niederträchtigkeiten des Fuchsblattes mit der Abbestellung des Abonnements beantworten so würde der Kurs recht schnell ein anderer werden. Leider betrachten viele der Abonnenten das sehr verdummende Inseratenblatt, in gewisser Hinsicht mit Recht, überhaupt nicht als politische Zeitung. Sie ignorieren die sogenannten Leitartikel völlig und machen sich so unbewußt zu Trägern seiner volksfeindlichen Brutalität.

Unser früherer Artikel unter ähnlicher Überschrift hat übrigens eine überaus überraschende Nebenwirkung gehabt.

Nur noch wenige Tage, bis zum 30. Januar, liegen in den Gemeindebüros der Landgemeinden die

Wählerlisten

zur Gemeindevahl aus. Parteigenossen, prüft die Aufstellung auf ihre Richtigkeit, damit am Wahltag keine Stimme verloren geht.

Bei der Zurückweisung der Verherrlichung der Säbediktatur durch die Neuesten Nachrichten machten wir die Bemerkung, daß der jüdische Kapitalist Fuchs doch zuviel Gefühl für die Unterdrückung haben sollte, um sie noch selbst zu fördern. Aus diesen Worten haben einige sehr scharfsinnige Freunde unseres Blattes ein Bekenntnis zum Antisemitismus herausgehört. Es wäre kindisch, wollten wir uns im Ernst gegen den törichtesten Vorwurf verteidigen.

Jesuitische Infamie.

Vor kurzem haben wir uns bereits mit dem letzten Produkt der krankhaften Verlogenheit des pfäffischen Westpreussischen Volksblattes beschäftigt. In dem beispiellos wahrheitswidrigen „Artikel“: „Allgemeine Ortskrankenkasse und Sozialdemokratie“ pöbelte das wegen seiner Schamlosigkeit allgemein verachtete Blatt besonders den Genossen Bartel an. Um die wortbrüchige Haltung der Schwarzen im Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu bemängeln, schwindelte es unversprochen, daß der Jesuitenjüngler Fabian Knoch den Genossen Bartel „bei dem ersten Versuch, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, festgenagelt hatte“. In Wahrheit hat diese ganz frisch in München-Gladbach dressierte Zentrumsintelligenz gar nicht den Mund zu öffnen gewagt, als Bartel den unerhörten Wortbruch der Schwarzen und seine schon nicht mehr verschämte Bemänglung in der Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse beim rechten Namen nannte. Weiter wurde Bartel mit zynischer Frechheit als Lügner hingestellt, weil er in unserer Volkswacht behauptet haben soll, daß für den Fabrikanten Karlsruh bei der Wahl zum Vorsitzenden von den Vertretern der Versicherten nicht vier, sondern sämtliche acht Stimmen abgegeben worden sind. Das jesuitische Lügenblatt behauptete, daß Karlsruh von den Versicherten nur vier Stimmen erhielt, obwohl das Protokoll des Vorstandes und sämtliche Vorstandsmitglieder das Gegenteil bezeugen müßten. Weiß das Pharisiäerblatt, dessen Redakteure nicht nur tiefreligiöses Pflichtgefühl besitzen, sondern angeblich auch noch an die Verantwortung vor dem höheren Richter glauben, niemals von selbst der Wahrheit die Ehre gibt, schickte Bartel ihm folgende Berichtigung:

In der 1. Beilage der Nummer 13 des Westpreussischen Volksblattes vom 17. Januar, befindet sich ein Artikel „Danziger Allgemeine Ortskrankenkassen und Sozialdemokratie“, in dem dauernd mein Name genannt wird.

Auf Grund des Paragraphen 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 fordere ich Sie auf, dazu die nachstehende Berichtigung in gefälliger Form und Frist in die nächste noch nicht zum Druck abgeschlossene Nummer des Westpreussischen Volksblattes aufzunehmen:

1. Es ist nicht richtig, daß „der Gewerkschaftssekretär Knoch mich bei dem ersten Versuch, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, festgenagelt hat“. Wahr ist, daß ich erst nach Knoch sprach und daß dieser mir kein Wort erwiderte, als ich den Wortbruch der Vertreter des Sozialen Ausschusses kritisierte hatte. Es antwortete mir darauf auch sonst niemand.

2. Es ist nicht richtig, daß ich entgegen der Wahrheit behauptet habe, daß Herr Karlsruh bei der Wahl zum Vorsitzenden der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse acht Stimmen der Vertreter der Versicherten erhalten hat. Es ist wahr, daß Herr Karlsruh tatsächlich sämtliche acht Stimmen der Vertreter der Versicherten erhalten hat.

Wolff Bartel, Kassenführer, Danzig, Frauengasse 33.

Vorzutun darüber, daß die tierische Gewissenhaftigkeit dieser Feststellung nicht unterschlagen durfte, hängten die christlichen Sozialisten ihm — in der Nummer 15 vom 20. Januar — diese ungläubliche Lichtwürdigkeit an:

„Wir haben keine Ursache, auch nur ein Wort von dem Geschriebenen zurückzunehmen. Was in der Berichtigung steht, ist nichts anderes als eine Verschiebung der Tatsachen. Herr Bartel gesteht ja in der „Berichtigung“ selbst ein, daß er den Versuch gemacht hat, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Denn es soll nicht richtig sein, daß Herr Knoch „mich bei dem ersten Versuch, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, (im Westpreussischen Volksblatt gesperrt gedruckt! Red. Volksw.) festgenagelt hat.“ Das genügt wohl fürs erste, um das Gebahren des Herr. Bartel zu kennzeichnen.“

Vor einer solchen moralischen Verkommenheit dürfte selbst der Irrenarzt ratlos stehen. So etwas können doch nur Leute zu schreiben wagen, die ihre Leser durchweg für unheilbar verblödete Idioten halten. Die insame Schmäzung des erbärmlichen Blattes soll Bartel dadurch anerkannt haben, daß er das Gegenteil als wahr nachweist! Gegen diese maßlos dreiste Fälschung wendete sich Bartel in der Notwehr mit dieser weiteren Berichtigung:

Meiner im Hauptblatt der Nummer 15 des Westpreussischen Volksblattes vom 20. Januar abgedruckten Berichtigung ist ein Zusatz angehängt. Auf Grund des Paragraphen 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 fordere ich Sie auf, dazu die nachstehende Berichtigung in gefälliger Form und Frist in die nächste noch nicht zum Druck abgeschlossene Nummer des Westpreussischen Volksblattes aufzunehmen:

„Es ist nicht wahr, daß ich — wie Sie schreiben — „durch die Berichtigung selbst eingestanden habe, daß ich (in der Vorstandssitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse) den Versuch gemacht habe, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen.“

Die in meiner Berichtigung wiedergegebenen Worte, „daß Herr Knoch mich bei dem ersten Versuch, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, festgenagelt hat“, sind eine Beschuldigung, die in dem von mir berichtigten Artikel des Westpreussischen Volksblattes gegen mich erhoben wurde. Ohne die Wiedergabe dieser Worte wäre die Berichtigung für die Leser sinnlos gewesen. Es ist also nicht wahr, daß ich mit diesen Worten einen Vorwurf gegen mich bestätigte. Wahr ist, daß ich ihn durch ihre Aufnahme in die Berichtigung widerlegt habe.“

Wolff Bartel, Kassenführer, Danzig, Frauengasse Nr. 10.

Diese Umagelung ihrer allerchristlichsten Falschmünzerei haben die Kinemundheiden ihren Lesern völlig unterschlagen! Daffir erschieben in der Nummer 16 des Westpreussischen Volksblattes am 21. Januar ein neuer düstiger Artikel über Ortskrankenkasse und Sozialdemokratie, in dem nach wie vor an der fruppelosen Lüge festgehalten wurde, daß Karlsruh von den Versicherten nicht acht, sondern nur vier Stimmen erhalten hatte. Mit derselben Abgebrühtheit wurde darin die verzweifelte Lüge wiedergekaut, daß unsere Freunde in der Sonderbesprechung mit den Schwarzen vor der letzten Wahl des Vorsitzenden die gemeinsame Liste unter der ausdrücklichen Bedingung vereinbart hätten, daß sie nur gelten sollte, wenn Herr Karlsruh auch tatsächlich gewählt würde. Dieser dreiste Schwindel wird durch seine noch so häufige Wiederholung nicht wahrer. Offenbar haben die in der Klemme sitzenden „Schlauen“ Schwarzen die Lüge von den vier Stimmen nur erfinden, um die „Bedingung“ glaubhaft zu machen. Andernfalls hätte es selbst nach jesuitischen Begriffen keinen Sinn, immerfort gegen Protokoll und Zeugen das Gegenteil der Wahrheit zu behaupten. Und selbst in diesem vorläufig letzten „Artikel“ bleibt das Blatt unversprochen bei der alten Lüge. Es sagt: „Bezüglich des Abstimmungsverhältnisses hält unser Berichterstatter seine in dem fraglichen Artikel gemachten Angaben voll aufrecht.“

Ja, der würdige „Berichterstatter“. Um den Teuren müht sich das schwarze Blatt mit besonderem und höchst verständlichem Eifer. Unsere Erklärung, daß im Vorstande der Ortskrankenkasse zu prüfen sein wird, ob Menschen, die so hartnäckig die Wahrheit wider besseres Wissen auf den Kopf stellen, neben anständigen Leuten sitzen dürfen, hat es den journalistischen Schwarzen angetan. Sie befehlen uns arme Schwächer gütigst darüber, daß die Wähler darüber zu entscheiden haben, wer im Vorstande der Ortskrankenkasse sitzen soll. Wir staunten über diese grundgescheite „Belehrung“ keine einzige Sekunde, weil wir bei unserer Umdeutung von der Stellungnahme des Vorstandes bei gewissen Leuten natürlich gleich das dickste Fell vorausgesetzt hatten.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 3. Woche vom 11. bis 17. Januar 1914.

1. Geburten der Vormoche.

	lebend	tot	überf.	
männlich	54	2	56	Die unehelichen Geburten sind 23,1%
weiblich	48	—	48	
zusammen	102	2	104	die Totgeburten 1,9% der Gesamtzahl.
darunter uneheliche Mehrgeburten	23	1	24	
2 Fälle mit	4	—	4	

2. Zahl der Eheschließungen 14.

3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	Gestorben überf.	darunter u. 1 Jahr
1. Kindbettfieber	—	—
2. Scharlach	1	—
3. Masern und Röteln	—	—
4. Diphtherie und Krupp	—	—
5. Keuchhusten	1	1
6. Typhus	—	—
7. Tuberkulose	5	—
7a. Krebs	2	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	5	—
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	4	2
10. Gewalttamer Tod	1	—
11. Alle übrigen Todesursachen	38	10
zusammen	57	13
darunter: männlich	27	7
weiblich	30	6

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: Scharlach 8, Diphtherie und Krupp —, Unterleibstypus —, Kindbettfieber —, Brantulose —.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1329, davon aus Rußland 9, Frankreich 4, Holland 3, Österreich 3, Schweden 2, Schweiz und England je 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter einzelstehende Personen männl.	weibl.
Umgezogene innerhalb der Stadt	372	406	778	190	224
Zugezogene von auswärts	322	313	635	227	211
Fortgezogene nach auswärts	225	181	406	178	125

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet betrug die Zahl d. Geborenen einschl. Totgeburt. 29,7 (Vormoche 25,7) betrug die Zahl d. Sterbefälle einschl. Totgeburt. 18,8 (Vormoche 18,0) betrug die Zahl der Eheschließungen 4,0 (Vormoche 8,8).

Elektrische Beleuchtung der Großen Allee. Allmählich bricht sich der Fortschritt selbst in Danzig Bahn. Allerdings kaum ohne besondere Ursache. Jetzt ist auch die elektrische Beleuchtung unserer wirklich schönen Großen Allee, der denorgugeste Spazier-

weg der Dampfer, Latzsch geworden. Die neue Erleuchtung gehört allerdings, wie Eingeweihte wohl nicht mit Unrecht wissen wollen, zu den sogenannten Kronprinzlichen Reformen der Stadtbauverwaltung. Und es soll an manchen Stellen sehr schmerzhaft empfunden werden, daß dem, der damit in erster Linie erfreut werden sollte, dieser Anblick vielmehr niemals werden wird. Trotzdem haben wir keinen Anlaß, der Verbesserung der Beleuchtung zu widersprechen. Die beiden doppelten Baumreihen ziehen sich jetzt des Abends nicht mehr als nachschwarze Nischenlänge vom Osttore Tor nach Langfuhr. Zwei Reihen elektrischer Lampen gliedern unter den inneren Baumreihen als leuchtende Doppellinien dahin und bieten dem Auge einen sehr hübschen Anblick. Als Dekoration machen sich die Lampen zweifelslos ungemein wirksam. Zur Beleuchtung der Rohrstraße und Fußwege würde etwas mehr Licht sehr nützlich sein. Hoffentlich schwingt man sich auch in einem hohen Maßgrade bald zu dieser Erneuerung auf.

Man muß schließlich noch das kluge „Entgegenkommen“, wie es Bürgermeister Dr. Ball im Ernst genannt hat, der Straßenbahngesellschaft — bewundern! Sie hat gütigst gestattet, daß die Lampen an ihren Masten, aber recht nahe dem Geleise, aufgehängt wurden. Auf diese Weise hat sie ganz gratis die beste Beleuchtung ihres Bahnkörpers erhalten, die sie sich nur wünschen kann! Zum Dank dafür brandtschalt die „entgegenkommende“ Gesellschaft die Bürger und Fußgänger, trotz ihrer 6 Prozent Dividende, noch genau so wie bisher.

Der Bildhauer Fritz Rilk, ein unter den Joppoler Arbeitern tätiger und bekannter Genosse wurde auf seiner Arbeitsstelle beim Aufheben eines Obelisken vom Schlaganfall getroffen. Rilk mußte ins Diakonissenhaus überführt werden.

Gejunger Bording. Am Milchpeter stieß Montag mittag der Dampfer Bedania mit dem an der Gasonstalt liegenden Bording Peter zusammen. Der Bording sank in wenigen Minuten. Menschenleben sind bei dem Unfall nicht vernichtet.

Durch Leuchtgas vergiftete sich in der Nacht von Sonntag zu Montag in Neufahrwasser das Dienstmädchen des Segelmachermeyers Bennrowitz.

Elbing-Marienburg.

Ein Elternabend wird Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus von der Arbeiterjugend Elbing veranstaltet. Das Programm ist reichhaltig und gediegen und dem Charakter einer Jugendfeier angepaßt. Konzert, Gesangsvorträge des Arbeiter-Gesangvereins „Vierfreunde“ und Rezitationen der Jugendfreunde wechseln einander ab. Ein humorvolles und ein ernstes Theaterstück bilden den zweiten Teil der Veranstaltung. In einer Ansprache werden die Bekrebungen der freien Jugendbewegung dargelegt werden. Die Arbeiterjugend erwartet, daß am 1. Februar die Elbinger Arbeiterschaft für ein volles Haus sorgt.

Genosse Trille in der Stadtverordnetenversammlung.

In der Stadtverordnetenversammlung am 23. Januar gedachte der Vorsitzende zunächst des Genossen Trille in folgenden Worten: Kaum haben wir in diesem Jahre mit unseren Arbeiten begonnen, und schon hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen eingegriffen. Herr Stadtverordneter Trille ist gestorben. Vier Jahre lang hat er der Versammlung angehört. Er hat an unseren Beratungen in den Versammlungen und in den vielfachen Kommissions-Sitzungen, unterstützt durch einen prächtigen Verstand und durch ein vorzügliches Gedächtnis, regen Anteil genommen. Seine Reden, mit nicht gewöhnlicher Beredsamkeit vorgetragen, durchdrungen von tiefem Ernst und befeelt von wahrer Begeisterung, sind stets mit Interesse von der Versammlung gehört worden. Hat auch die Mehrheit der Versammlung seinen Ausführungen häufig sich nicht anschließen können, so sind wir alle überzeugt, daß auch er von keinem Standpunkt des Parteifür das Gemeinwohl gewollt hat und von der Wahrheit dessen, was er vertritt, innerlich überzeugt gewesen ist. Rechte Herren, männliches Eintreten für seine innere Überzeugung aber einem jeden, wer er auch sei. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Am Schluß der Sitzung hat eine von mehreren Genossen gestellte Anfrage zur Verhandlung, ob der Magistrat Auskunft geben wolle, aus welchem Grunde das Tragen von Kränzen mit roter Schleife im Leichenzuge bei dem Begräbnis des Herrn Trille verboten worden sei. Der Oberbürgermeister erwiderte, ihm wäre von

der Angelegenheit nichts bekannt. Genosse Hermann Schulz stellt fest, daß dann der Polizeispektor auf eigene Faust gehandelt haben müsse, denn das Verbot des Kranztragens sei tatsächlich erfolgt. Von den bürgerlichen Stadtverordneten nahm niemand das Wort.

Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen in Elbing fanden dieser Tage unter Zuziehung eines Ministerialreferenten im Rathaus statt. Sie verliefen ergebnislos, da weder Krankenkassen noch Ärzte nachgeben wollten. Hier weitere Ärzte von auswärts sollen sich bereit erklärt haben, in Elbing für die Krankenkassen zu praktizieren.

Beim Fällen einer Weibe wurde in Brunau der Arbeiter Martin Behrendt von einem Ast des stürzenden Baumes erschlagen. Behrendt war verheiratet und Vater von 3 Kindern.

Danzig-Land.

Die Sturmflutschäden auf der Frischen Nehrung sind nunmehr festgestellt. Am schlimmsten sind von der Sturmflut die Kahlberger Fischer betroffen, die den größten Teil ihrer Netze verloren. Nach Angaben der Kahlberger Fischer beträgt der Schaden an vernichteten Fischgeräten 10 081 Mark. Rechnet man dazu den landwirtschaftlichen Schaden (Ueberflutung der Hofweiden, Zerstörung der Saat und manches andere), so steigt der Sturmflutschaden der Kahlberger Bevölkerung auf etwa 14 000 Mark.

Eine öffentliche, gut besuchte Volksversammlung tagte am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Peters in Heubude. Genosse Lopus sprach zuerst über die Angriffe der Schatzmacher auf das Koalitionsrecht. Durch ihre Zustimmung bezeugte die Versammlung, daß die Ausführungen des Redners in ihrem Sinne gehalten waren. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete eine Aussprache über das Hochwasser und künftige Abhilfe. Genosse Cornelien gab eine Uebersicht über die Schäden, die die Flut angerichtet hat. In der Diskussion nahmen mehrere Genossen das Wort und schilderten ihre Erlebnisse und den Schaden, den sie durch das Hochwasser erlitten haben.

Aus Odra schreibt man uns über die letzte Gemeindevertreter-Sitzung: Die Petroleumlampe an der Wahlenstraße Brücke soll durch eine elektrische Lampe auf Kosten des Kreises ersetzt werden. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes wurde wegen der hohen Kosten, 4000 Mark, abgelehnt. Vertagt wurde die Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Tuberkulose. Die Kommission zur Aufstellung der Voranschläge wurde wiedergewählt. Die Pflasterung des Kiepertammes, zirka 800 Meter, wurde beschloffen, die Arbeiten werden ausgeschrieben. Der von den sozialdemokratischen Vertretern gestellte Antrag, die kommenden Gemeindevertreterwahlen im März an einem Sonntag stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. Die Wahlen sollen an zwei Tagen von 1 Uhr mittags an erfolgen. — Die Einwohnerzahl ist auf 11 603 gestiegen.

Graudenz-Strasburg.

Beim Abspringen von der Graudenz-Strasbahn verunglückte am Getreidemarkt die Arbeiterfrau Jilkowshi. Sie war in einen falschen Wagen gestiegen und wollte während der Fahrt abspringen. Das tat die Frau, eine Greisin von 75 Jahren, nun aber in verkehrter Richtung. Sie stürzte zur Erde und starb auf der Stelle an den Folgen des Sturzes.

Am Groß-Tarpener See soll zum kommenden Frühjahr für die Graudenz-Bevölkerung ein neuer Ausflugsort geschaffen werden. Die Vorarbeiten dazu sollen beinahe fertig sein. Sobald die Zustimmung der Ansiedlungskommission erfolgt ist, wird mit der Einrichtung der Anlagen begonnen.

Ein durchgehendes Uferwerk führte in Graudenz einen schweren Unfall herbei. In der Uferstraße wurden die Pferde scheu. Sie rannten nach dem Marktplatz und überfuhr dort eine Händlerin und eine auf dem Stand befindliche Käuferin. Beide Frauen erlitten innere Verletzungen.

Thorn-Kulm-Briesen.

Am Kulmer Durchbruch brach der sieben Jahre alte Schüler Brodnick aus Thorn auf dem Eise des Wallgrabens ein. Dem Polizeiergeanten Pleske gelang es mit Hilfe eines Passanten, dem ertrinkenden Knaben zu retten.

In Kulm trat vor einigen Wochen eine Scharlachepidemie auf, die dann aber bereits erloschen schien. Jetzt ist die Seuche von neuem aufgeflackert. In der Familie eines Zimmermanns starb der Vater und eines seiner Kinder. Die beiden anderen Kinder liegen ebenfalls hoffnungslos darnieder.

Aus der Partei.

Ein Verlust der Internationale.

In Paris starb im Alter von 60 Jahren Francis de Pressensé. Pressensé, der aus einem altadeligen, angesehenen Geschlecht entstammte, gehörte von 1902 bis 1910 der sozialistischen Kammerfraktion an. Ein unantastbarer, edler Charakter, stand er bei Freund wie Feind in gleich großer Achtung und Verehrung, und im Parlamenten galt sein Wort sehr viel. Für Recht und Gerechtigkeit trat er zu jeder Zeit mit seiner ganzen Persönlichkeit ein; er war ihr in der Dreyfus-Affäre ein bereiteter Anwalt und kämpfte für sie unerschrocken in der von ihm 1903 gegründeten Liga zur Verteidigung der Menschenrechte, deren Präsident er bis zu seinem Tode war. Diese menschenfreundliche Kampfvereinerung, die heute weit über 100 000 Mitglieder zählt, verteidigt unterdrücktes Recht und nimmt sich unschuldig Verurteilter an. — Einen begeisterten Kämpfer und warmer Fürsprecher hat auch der Gedanke der deutsch-französischen Annäherung in Pressensé verloren. Als Journalist hat er sich, insbesondere durch seine Artikel über Fragen der auswärtigen Politik, einen Namen gemacht. Sein uneigennütziges, aufopferndes Wirken im Dienste der Menschlichkeit und Gerechtigkeit sichert ihm ein ehrendes und dauerndes Gedenden des internationalen Proletariats.

Das Offizierskafino als — Gewerkschaftshaus. Die Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Bromberg hat einen beachtenswerten Fortschritt zu verzeichnen. Die Bewegung hatte lange Jahre darunter zu leiden, daß für Versammlungen kein geeignetes Lokal zur Verfügung stand. Die Säle wurden durchweg verweigert und zur Verfügung stand, stellte nun Bedingungen, die absolut nicht zu erfüllen waren. Die Gewerkschaften haben deshalb das frühere Kafino der feudalen Offiziere des Dragoner-Regiments käuflich erworben und damit ist jetzt die Lokalfrage in Bromberg zum größten Vorteil der Gegner gelöst.

Ein Strafverfahren ist gegen die Genossin Luxemburg wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle anhängig. Die Verhandlung findet am 20. Februar vor der Strafkammer in Frankfurt am Main statt. Wer nach der Verhandlung am meisten geschunden ist, unsere Rosa oder die Staatsanwaltschaft, wagen wir noch nicht zu prophezeien.

Hausdurchsuchungen werden wieder Mode. Im Bremer Gaubureau des Verbandes der Staatsarbeiter und in der Wohnung des Gauleiters wurde nach dem Manuskript von drei Artikeln gesucht, durch die ein Baufretär in Bremerhaven angeblich beleidigt wurde. Gefunden wurde nichts.

Soziales.

Entlassen, weil sie nicht bei dem Herrn schlafen wollte.

Die Moral und Sittlichkeit gewisser bürgerlicher Kreise erfährt die rechte Beleuchtung durch eine Klagefahse, die das Dortmunder Gewerbegericht zu entscheiden hatte.

Das Büffetmädchen K. klagte gegen die Olympiabar wegen unvertreter der Olympiagesellschaft erklärte, die Entlassung sei zu Recht erfolgt, weil die Klägerin in den ersten Tagen ihrer Beschäftigung verschiedentlich trotz Verwarnung betrunken gewesen und dann mit dem Personal und den Gästen Krach gemacht habe. Das Mädchen warf ein, zum Trinken sei das Personal in der Bar ja da, der Vertreter der Gesellschaft sei auch betrunken gewesen, alle seien in der Bar betrunken. Der wirkliche Grund der Entlassung sei vom Vertreter nicht angegeben worden, er sei folgender: Der Vertreter habe einen guten Freund unter den Gästen, der die Klägerin habe „herumbringen“ wollen. Der Vertreter habe selbst zu ihr (der Klägerin) als Grund der Entlassung angegeben: „Es tut mir leid! Sie wollen nicht bei dem Herrn schlafen!“ Die Klägerin erklärte, daß sie das beschwören könne. Die Olympiagesellschaft wurde daraufhin nach dem Klageantrage verurteilt. Es hieß, selbst wenn die Klägerin betrunken gewesen wäre, sei das unter den vorliegenden Umständen kein Grund zur fristlosen Entlassung gewesen. — Die Erklärung des Mädchens, die von dem Vertreter der Gesellschaft kaum bestritten wurde, zeigt wieder in greifbarer Deutlichkeit, unter welcher großen Gefahren Arbeiterinnen um ihre Existenz kämpfen müssen.

Humor und Satire.

Die Kasse. Neulich hat sich die bekannte Frau von Pollat einen ausgezeichneten Pudel angeschafft, mit dem sie nunmehr vor ihren Gästen renommiert. Einer fragt: „Sechshundert Kronen haben Sie für den Hund bezahlt, da hat er doch gewiß einen Stammbaum?“ — „Nein,“ erwidert die glückliche Besitzerin, „den hat er noch nicht. Er geht vorläufig mal an den Baum, und mal an den Baum.“ (Lust. Bl.)

Sozialdemokratischer Wahlverein Danzig-Stadt.

Am Sonntag, den 23. Januar, versammeln sich alle Genossen

Marie Lenz

im städtischen Krankenhause. Ihre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Leichhaus des städtischen Krankenhauses aus dem dem Herrn Marie Lenz, 1. Platz, im Lager Beerdigungsort.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Freitag, den 30. Januar 1914, abends 8 Uhr im großen Saale des Herrn Steppuhn, Schidlig

General-Versammlung

Tagesordnung

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal 1913.
2. Wahlen eines Kassensührers; einer Genossin in den Vorstand; zur Ergänzung des Prüfungsausschusses.
3. Vortrag des Genossen Adolf Bartel: Säbelherrschaft und Volksrechte.

Einen zahlreicheren Besuch erwartet

Die Parteileitung.

Neckenpferd- Seife

die beste Milchemulch-Seife für zarte weisse Haut
à 1/2 Mark 50 g.

Hüte
Mägen, Krawatten
Wäsche
Filzschuhe
in feinsten Materialien zu bester Qualität
sehr billigen Preisen
Huthaus London
Nur 2. Stamm
Nr. 10

Schuhputz
Nigrin
gibt wasserbeständigen
Hochglanz

Lichtstrahlen.

Monatliches Bildungsorgan für
berufte Arbeiter. — Heraus-
gegeben von Julian Borchardt.
Preis pro Heft 10 Pf.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Ein Sieg der deutschen Industrie!



2 Pfg. das Stück

Oriental-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik
H. H. G. Hoffmann
Penzance, Dresden Königs v. ...

Trusfrei!